

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 3,60 M., im Voraus zahlbar, Postweg 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postzeitungsgeld und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,- M. pro Monat; für Klüber mit ermäßigtem Preis 5,- M. Porto 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Zeit und Zeit“: Berliner „Brennstimme“, „Takt“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbilddiagramm“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 202-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Disz.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Donnerstag
30. April 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig konparetierte 60 Pf. Beilage „Kleine Anzeigen“ das (jetztgedruckte) Wort 15 Pf. (schlieflich zwei (jetztgedruckte) Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10 Pf. Stellenangebote das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Werbemarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbereich Einblendung 2 wöchentlich von 8 bis 11 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Entscheidungen vertagt.

Das Ergebnis der Besprechungen mit Brüning. — Der Brotpreis soll auf dem alten Stand erhalten werden.

Die in den letzten Wochen in vielen Orten Deutschlands erfolgte Erhöhung des Brotpreises, die Forderung des Reichsernährungsministers nach weiteren Zollerhöhungen für andere Lebensmittel sowie die Gerüchte über einen drohenden Abbau der sozialen Leistungen durch Notverordnungen haben die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, den Reichskanzler Dr. Brüning um eine politische Rücksprache zu ersuchen. Diese Besprechung, an der für die Sozialdemokraten Dr. Breitscheid, Dr. Herx und Dr. Hilferding teilnahmen, fand am Mittwoch statt.

Im Vordergrund stand das Verlangen der Sozialdemokraten an die Reichsregierung, die ihr in dem Zollermäßigungs-gesetz vom März auferlegte Verpflichtung zu erfüllen und dafür zu sorgen, daß nicht nur jede weitere Steigerung der Brotpreise vermieden wird, sondern auch die bisher bereits erfolgten Erhöhungen rückgängig gemacht werden. An die Erreichung dieses Ziels könne natürlich nur gedacht werden, wenn sofort die Weizeneinfuhr verbilligt, der Roggenpreis gesenkt, auf die Erhöhung des Hafenzolls verzichtet wird und eine Verbilligung der eingeführten Futtergerste erfolgt.

Reichskanzler Dr. Brüning erklärte, auch die Reichsregierung habe die Absicht, den Brotpreis auf den alten Stand zu halten.

Entsprechende Entscheidungen würden in kürzester Frist vom Kabinett getroffen werden. Geplant sei eine Milderung des Brotpreises und die verbilligte Einfuhr von Weizen.

Beide Maßnahmen sind selbstverständlich zu begrüßen. Die beabsichtigte Senkung des Weizenpreises ist zweifellos besonders angesichts des Widerstandes der Agrarier ein Fortschritt. Ob allerdings diese Maßnahmen den in Aussicht gestellten Erfolg haben werden und der alte Stand der Brotpreise wieder erreicht wird, ist mindestens sehr zweifelhaft. Das wird davon abhängen, ob die Regierung eine ausreichende Menge von Weizen einführt, ob der Zollsatz wesentlich gesenkt wird und jeder späteren Knappheit an Weizen bis zur neuen Ernte auch wirklich vorgebeugt wird. Mindestens ebenso wichtig für die Höhe des Brotpreises ist das Sinken des Preises für Roggen bzw. für Roggenmehl. Auch hier ist nicht sicher, ob die Einlegung der Reserve, die der Regierung zur Verfügung steht, ein ausreichendes Sinken der Preise hervorruft. Diese Bedenken werden noch verstärkt, weil die Regierung die Erhöhung des Hafenzolls beabsichtigt, was nicht nur preissteigernd auf den Roggen wirken wird, sondern auch zur Verfütterung von Roggen anreizt und die Brotverförmung gefährdet.

Selbstverständlich haben die sozialdemokratischen Vertreter auch ihre stärksten Bedenken geltend gemacht gegen die beabsichtigte Erhöhung der Zölle auf Hülsenfrüchte, auf Speck und Schmalz und für Schweinefleisch.

Dem steht allerdings gegenüber, daß die weit wichtigere Erhöhung des Butterzolls nicht beschlossen worden ist und da der Widerstand dagegen wächst, künftig weniger aussichtsreich ist als gegenwärtig.

Zur Besprechung gelangte ferner auch die sich weiter ungünstig entwickelnde Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden. Entgegen den früheren Versicherungen, daß der Etat für 1931 ausgeglichen sei, gibt jetzt die Reichsregierung zu, daß erhebliche Fehlbeträge vorhanden sind, die sich vor allen Dingen aus einem Rückgang der Steuererträge ergeben. Maßnahmen zur Vermeidung von Zahlungsschwierigkeiten seien deshalb notwendig. Die Reichsregierung habe aber bisher noch keine konkreten Entscheidungen getroffen. Sie seien auch in der unmittelbaren nächsten Zukunft noch nicht zu erwarten. Um Schwierigkeiten bei der Knappheitsversicherung zu vermeiden, würden ihr wie in den früheren Monaten so auch im Mai 8 Millionen Mark aus allgemeinen Mitteln zur Verfügung gestellt werden.

Die Fragen der Arbeitsförderung, der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitslosenunterstützung könnten erst konkret in Angriff genommen werden, wenn die Gutachten der Brauns-Kommission vorliegen.

Wenn danach auch für den Augenblick die Gefahren für die Sozialpolitik nicht so groß erscheinen, wie man nach den Darstellungen der bürgerlichen Presse hat annehmen müssen, so würde es doch eine Selbsttäuschung bedeuten, wenn man sich dem großen Ernst und den vielfachen Gefahren, die von der angespannten Finanzlage ausgehen, verschließen wollte. Die sozialdemokratischen Vertreter haben deshalb dem Reichskanzler keinen Zweifel daran gelassen, daß bei der gegenwärtigen Notlage ganz großer Volksschichten der Abbau der sozialen Leistungen weit stärkeren Bedenken unterliegt als in normalen Zeiten. Es müsse schon jetzt als ausgeschlossen angesehen werden, daß durch den Abbau sozialer Ausgaben das Gleichgewicht in den Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden hergestellt werden könne. Ohne Einnahmeerhöhungen sei dieses Ziel nicht zu erreichen.

Durch die Besprechung der Sozialdemokratie mit dem Reichskanzler ist ein abschließendes Ergebnis nicht erzielt worden. Sie diene im wesentlichen der Information, sie hat aber keine Klarheit über die künftigen Absichten der Reichsregierung gebracht

und daher auch die Spannungen nicht vermindert, die durch die Pläne auf Zollerhöhung und Abbau der Sozialleistungen entstanden sind.

Die Sozialdemokratie wird deshalb überaus wachsam sein und alle Schritte der Reichsregierung kritisch beobachten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird am Donnerstag zusammentreten, um einen Bericht über die Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning entgegenzunehmen.

Oberbürgermeister Reuter.

In Magdeburg gewählt.

In der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung wurde gestern die Wahl des Ersten und Zweiten Bürgermeisters vorgenommen. Es gab noch einen erbitterten Endkampf. Die Rechtsfraktion stellte Herrn von Eynern, den Vizepräsidenten des Preussischen Landtages, als Kandidaten für die Oberbürgermeisterstelle auf und erhob noch einmal schärfsten Protest gegen die Nominierung des Berliner Stadtrats Reuter zum Oberbürgermeisterkandidaten und des Magdeburger Stadtrats Dr. Goldschmidt, des Kandidaten der demokratischen Stadtverordnetenfraktion, zum zweiten Bürgermeister.

Der Berliner Stadtrat Reuter wurde dann bereits im ersten Wahlgang zum Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg gewählt. Er erhielt 38 Stimmen, von Eynern 19 Stimmen und der kommunistische Kandidat sechs Stimmen. Mit dem gleichen Stimmverhältnis wurde der Magdeburger besoldete Stadtrat Dr. Goldschmidt zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Aufmarschplan

für die Demonstration am Freitag, 1. Mai

Sammelplätze und Abmarschzeiten.

1. Deutscher Baugewerksbund. Gartenstr., Spitze Bernauer Straße und Gartenplatz. Abmarsch: 8.45 Uhr. — Bahnhofstr., Bahnhof Großgörschenstr. Abmarsch: 8 Uhr. — Kleiner Tiergarten, Spitze Wilsonader Str. und 2. und 7. Kreis der SPD. Abmarsch: 8.15 Uhr. — Reuterplatz, Reutölln und 14. Kreis der SPD. Abmarsch: 8 Uhr. — Engelshof, Gewerkschaftshaus, Spitze Adalbertstr. Abmarsch 8.45 Uhr. — Nordosten I und II, Pichtenberg, Weißensee am Landsberger Platz. Abmarsch 8.30 Uhr.
2. Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Deutscher Hutarbeiterverband, Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes. Sebastianstr., Spitze Alte Jakobstr. Abmarsch: 9 Uhr.
3. Graphische Industrie. Verband der Deutschen Buchdrucker, Verband der Buchbinder, Verband der Lithographen und Steindruckere, Verband der graphischen Hilfsarbeiter und 6. und 13. Kreis der SPD. Alte Jakobstr., Ecke Gitschiner Str., Spitze Neuenburger Str. Abmarsch: 8.45 Uhr.
4. Einheitsverband der Eisenbahner und 5. und 17. Kreis der SPD. Küstriner Platz. Abmarsch: 8.30 Uhr.
5. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Andreasplatz. Abmarsch: 8.30 Uhr.
6. Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Michaelkirchplatz. Abmarsch: 8.30 Uhr.
7. Deutscher Holzarbeiterverband und alle freigewerkschaftlich organisierten Laubstümmen und 15. und 16. Kreis der SPD. Am Köllnischen Park. Abmarsch: 9 Uhr.

8. Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Deutscher Tabakarbeiterverband, Deutscher Musikerverband, Deutscher Landarbeiterverband, Deutscher Metzlerverband und 1., 4. und 18. Kreis der SPD. Lothringener Str., Spitze Rosenthaler Platz. Abmarsch: 9 Uhr.
9. Deutscher Lederarbeiterverband. Bülowplatz. Abmarsch: 9 Uhr.
10. Verband der Maler. Melchiorstr., Spitze Adalbertstr. Abmarsch: 8.45 Uhr.
11. Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Lausitzer Platz. Abmarsch: 8.30 Uhr.
12. Deutscher Metallarbeiterverband, Verband der Kupferferriemiede und 3., 19. und 20. Kreis der SPD. Gartenstr., Spitze Bernauer Str. und Gartenplatz. Abmarsch: 8.45 Uhr.
13. Zentralverband der Zimmerer, Zentralverband der Dachdecker, Zentralverband der Schornsteinfegergesellschaften. Mariannenplatz. Abmarsch: 8.30 Uhr.
14. Verband der Sattler und Tapezierer, Zentralverband der Schuhmacher, Deutscher Textilarbeiter-Verband, Engelshof von Adalbertstr. bis Köpenicker Str., Spitze Köpenicker Str. Abmarsch: 8.45 Uhr.
15. Zentralverband der Steinarbeiter. Bethanienufer (vis-à-vis Gewerkschaftshaus). Abmarsch: 8.45 Uhr.
16. 9., 10., 11., und 12. Kreis der SPD. Gedornenmarkt. Abmarsch: 9 Uhr.
17. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Dranienplatz (Raunynstr.), Spitze Dranienplatz. Abmarsch 8.30 Uhr.
18. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Mariannenplatz, Spitze Bethanienufer. Abmarsch: 8.30 Uhr.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin.
Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Bezirksausschuß Groß-Berlin.
Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das neue Wort der Komintern.

Neue Zerfegungsoffensive gegen die Arbeiterbewegung.

Von Peter Garwy.

In der „Brawda“ vom 24. April sind spaltenlang die „Thesen“ und Resolutionen erschienen, die in der Plenar-sitzung des Exekutivkomitees der Komintern einstimmig an-genommen worden sind. In dieser Plenarsitzung wurde ein neues Präsidium des Ekki aus 30 Mitgliedern (darunter Klara Zetkin, Krammele, Bied und Thälmann) und ein „Politsekretariat“ aus 13 Mitgliedern (darunter Bied und Thälmann) gewählt. Unter den Mitgliedern des Ekki be-findet sich Stalin, der gleichzeitig Mitglied des „Rates der Arbeit und der Verteidigung“, des wichtigsten Regierungs-organs der Sowjetunion, und dazu der eigentliche Diktator Sowjetrusslands ist.

Den Statuten der Komintern nach wird die Politik der KPD, d. h. der Sowjetmacht, durch die Direktive der Kom-intern bestimmt. In Wirklichkeit werden die Richtlinien der Komintern durch ihre „führende“ russische Sektion diktiert. Alle anderen Sektionen haben nur zu gehorchen. Die Politik der Komintern ist die Fortsetzung der Politik der KPD. Die Politik der Forcierung des „sozialistischen Aufbaus“ in Rußland mündet zwangsläufig in der Aktioisierung der Kom-intern und in der Forcierung der Weltrevolution. Wieder einmal Linkskurs! Weltkrise und Arbeitslosigkeit in der ganzen kapitalistischen Welt haben die Komintern zu neuen „Thesen“ über die „heranreifenden Voraus-setzungen einer revolutionären Krise“ be-geistert. Das verflossene Jahr gelte als „geschichtliches Wende-jahr“. Die kapitalistische Stabilisierung stehe vor dem Ende, während in der Sowjetunion das Fundament der sozialisti-schen Wirtschaft gelegt werde. Die übliche Gegenüberstellung des kapitalistischen Zerfalls im Westen und des „sozialistischen Aufbaus“ in der Sowjetunion wird von der Ekki dazu be-nutzt, um das Weltproletariat vor die Wahl zu stellen: Dik-tatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. Als Vorbild der Diktatur des Proletariats wird dabei die bolsche-wistische Diktatur in Rußland hingestellt.

Es erübrigt sich, nachzuweisen, daß diese demagogische Gegenüberstellung grundfalsch ist. Richtig ist, daß die Welt-krise die grauenhaften Schäden des Kapitalismus besonders stark enthüllt hat und den Kampf um den Sozialismus als den einzigen Rettungsweg aufzeigt. Falsch ist, daß in der Sowjetunion die Macht dem Proletariat gehöre, daß die dort aufgezo-gene Wirtschaftsform mit dem Sozialismus identisch ist und daß es den Arbeitern in Rußland besser geht als in dem von der Krise heimgesuchten Westen. Es ist nicht be-wiesen, daß der sozialistische Ausweg aus der Krise gerade durch die putschistische Machtergreifung und terroristische Diktatur führen muß.

Die Thesen des Ekki werfen den westeuropäischen Sektio-nen der Komintern, insbesondere der KPD, acht Grund-fehler ihrer Taktik vor. Indessen handelt es sich offenkundig nicht um taktische Fehler, sondern um die objektive Unmög-lichkeit für die westeuropäischen Sektionen, den Rostauer Parolen Folge zu leisten. Trotz der ungeheuren Krise und Verwirrung scheint der Boden im Westen für die „neue Taktik“ immer noch ungünstig zu sein. Die Massen machen einfach nicht mehr mit!

Anstatt die objektiven Ursachen des Fehlschlages der kommunistischen Kampfpapieren einzusehen, tobt die Komintern gegen die „arbeitverräterische“ Sozialdemokratie. Es han-delt sich hier allerdings nicht um eine Selbsttäuschung, sondern um einen wissenschaftlichen internationalen Arbeiterbetrug. Mit Vorsatz wird die internationale Sozialdemokratie als das Haupthindernis auf dem sozialistischen Wege aus der kapi-talistischen Krise hingestellt und als Hauptstütze der faschisti-schen Bourgeoisie beschimpft.

So wird nicht der Weltbourgeoisie, sondern der sozia-listischen Arbeiterinternationale der Krieg erklärt. Nicht dem bürgerlichen Faschismus, sondern dem „Sozialfaschismus“ gilt in erster Linie der bolschewistische Kampf. Dabei soll nach der letzten Direktive des Ekki bei der Vorbereitung und Durchführung aller revolutionären Aktionen „der erbitterteste, folgerichtige und allseitige Kampf gegen die sozialdemokratischen und reformistischen Führer“ geführt werden. Diese persönliche Zuspitzung des „Klassen-kampfes gegen den Sozialfaschismus“ ist für die patentierten Marxisten sehr charakteristisch. Diese Bulgärmärzisten ent-puppen sich als gemeine Verleumder und Ehrenabschneider. Diese Einstellung der Komintern zur Sozialdemokratie ist übrigens nicht neu. Bereits Stomow hat seinerzeit die So-zialdemokratie dem Faschismus gleichgestellt und dabei er-klärt, daß der Kampf zwischen dem Kommunismus und der Sozialdemokratie „auf den Barrakaden des Bürgerkrieges“ entschieden werde. Das wird jetzt noch verschärft, indem in den neuen „Thesen“ des Ekki jede liberale Gegenüberstellung der bürgerlichen Demokratie hier, des offenen Faschismus dort als taktischer Grundfehler gebrandmarkt wird, der eine „Ab-spiegelung des sozialdemokratischen Ein-flusses in den kommunistischen Reihen“ dar-stelle. Die Schlussfolgerung daraus kann nur die sein: die kommunistischen Parteien sollen künftighin nicht mehr die par-lamentarische Demokratie dem offenen Faschismus vorziehen. Was ist das, wenn nicht eine Hilfeleistung für den Fa-schismus?

Es gibt aber auch etwas Neues in den Beschlüssen der 11. Plenarsitzung des Ekki. Das neue besteht darin, daß der internationalen, insbesondere der deutschen Sozialdemokratie angebliche interventionistische Pläne und Vorbereitungen unterstellt werden. Es genügt ihnen nicht mehr, die Sozial-demokratie als die „wichtigste soziale Basis der Bourgeoisie“ hinzustellen. In der Resolution über die Verschärfung der Interventionensgefahr, die nach dem Bericht von Cachin angenommen wurde, wird unter Berufung auf den Rostauer „Menschewiki-Prozess“ verleumderisch behauptet, daß „Breitscheid, Bels und Hilferding die russischen Menschewiki in ihrer Vorbereitungsarbeit für die Inter-vention instruiert haben“. Der Kampf der internationalen Sozialdemokratie für den Weltfrieden und für die Abrüstung

Goebbels als Sigredakteur.

Die Karikatur der Verantwortlichkeit.

Gestern fand die Berufungsverhandlung gegen Dr. Goebbels wegen Beleidigung der Reichsregierung statt. Dr. Goebbels war in der ersten Instanz zu 600 Mark verurteilt. Goebbels hatte sich im „Angriff“ in Verbindung mit dem Young-Plan maßlose Beleidigungen gegen die Regierung zuschulden kommen lassen. Es hieß da u. a.: Sie sind alle aus demselben Holz geschnitten, Verräter am Volk, bezahlte Hülfel der Weltfinanz, Ueberläufer nach Frankreich.

Staatsanwalt Stenig beantragte sechs Monate Gefäng-nis. Das Gericht erhöhte die Geldstrafe von 600 auf 1000 Mark. In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Slemert u. a. aus, daß das Gericht von einer Gefängnisstrafe nur aus dem Grunde abgesehen habe, weil Goebbels bei der Drucklegung der inkriminierten Artikel nicht vorbeistraft und nicht verwahrt worden sei.

In den übrigen Prozessen gegen Goebbels wurde die Beweis-aufnahme um 8 Uhr abends geschlossen. Staatsanwaltschaftsrat Stenig beantragte, Dr. Goebbels wegen Vergehens gegen § 166 und wegen öffentlicher Beleidigung teilweise in Tateinheit mit abster-Nachrede zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefäng-nis und 200 Mark Geldstrafe zu verurteilen.

Die Prozesse gegen Goebbels, die gestern verhandelt wur-den, beleuchteten die unglaubliche Redaktionswirtschaft beim „An-griff“; es stellte sich heraus, daß Herr Goebbels die Rolle des immunen Sigredakteurs spielte.

Der erste Beleidigungsfall, der erörtert wurde, betraf einen Artikel des Hitler-Jugendführers, des netten Bürschens Ger-hard Pantel, der erst vor zehn Tagen wegen versuchten Tot-schlags an einem Reichsbannermann zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der vielseitige talentierte junge Mensch hatte in der Beilage des „Angriff“ „Der unbekannte SA-Mann“ einen Potsdamer Polizeiwachmeister schwer beleidigt.

Für diese Beleidigung ist der tapfere Goebbels-Jünger bereits zu 40 Mark verurteilt worden. Der Meister Goebbels selbst aber wollte sich heute vor der Verantwortung für diesen Artikel drücken. Er habe ihn vor dem Erscheinen der Nummer des „Angriff“ im Straßenhande überhaupt nicht gelesen, so erklärte Rechtsanwält Kameda für seinen Mandanten. „Glauben Sie denn, Herr Staatsanwalt, daß Goebbels sämtliche Artikel des „Angriff“ lesen konnte?“ Vorl.: „Er zeichnete doch aber als verantwor-tlicher Redakteur.“ K. Kameda: „Er hatte doch aber gar keine Zeit, alle Artikel vor der Drucklegung zu lesen.“ Staats-anwalt Stenig: „Da hätte er eben nicht verantwort-licher Redakteur sein sollen.“

Zum Beweis dafür, daß Goebbels tatsächlich den ihm zur Last gelegten Artikel nicht gelesen haben konnte, sind von der Beleidigung drei Zeugen genannt worden. Als erster wird der Schrift-leiter des „Börsischen Beobachter“ Baetge gehört. Dieser Zeuge glaubt nicht, daß Goebbels den Artikel gelesen haben könnte. Es wurden ihm in der Regel nur die politischen Arti-kel vorgelegt.

Der Geschäftsführer der Reichstagsfraktion der NSDAP, Wille ist in seinen Aussagen noch bestimmter. Goebbels, sagt er, hat bloß seine eigenen Artikel vor der Drucklegung gelesen. Er befand sich ja überhaupt nur eine vier Tage in der Woche in Berlin, sonst war er stets auf Reisen, er konnte sich auch gar nicht um den Inhalt des „Angriff“ kümmern. Vorl.: Und das nennen Sie verantwortlicher Schriftleiter? Der Geschäftsführer der Reichstagsfraktion der NSDAP, weiß nur etwas Unzulammenhängendes zu stammen.

Vorl.: Lesen Sie uns mal laut vor, was hier steht. Der Zeuge liest: „Herausgeber und verantwortlich für den Gesamteinhalt Dr. Goebbels.“

Vorl.: Wen würden also Sie verantwortlich für den Gesamt-inhalt machen? Zeuge: Den Chef des Dienstes Dürr. Vorl.: Das scheint mir bloß eine innere Geschäftsverteilung zu sein. Wie

denken Sie sich denn eigentlich die Tätigkeit des verantwortlichen Redakteurs, der vier Tage in der Woche abwesend ist? Dr. Goebbels war sozusagen ambulanz. Ich kann mir nicht denken, daß ein halbwegs vernünftiger erwachsener Mensch die Verantwortung für etwas übernimmt, was er gar nicht kennt. —

Es entspinnt sich noch eine längere Auseinandersetzung, deren Ergebnis darin gipfelt, daß es im „Angriff“ überhaupt keine für den Inhalt verantwortliche Persönlichkeit gab und daß der wahre Sinn der verantwortlichen Zeichnung des Dr. Goebbels der war, einen immunen Sigredakteur zu haben.

Das gleiche Spiel wie bei der Erörterung des ersten Beleidigungs-falles erlebte man bei der Behandlung aller anderen Be-leidigungs-fälle gegen Dr. Goebbels in dieser Sitzung. Immer wieder erschienen vor dem Zeugenstand die Herren Baetge, Dr. Lippert und Wille und beteuerten unter ihrem Eide, daß der verantwortliche Dr. Goebbels unter keinen Umständen auch nur die leiseste Ahnung von den Artikeln und ihrem beleidigenden Inhalt haben konnte. Ähnliches hatte man wahrlich im Gerichtssaal in einem Presseprozeß noch nie erlebt, mit derartig schulungshafter Ausflüchten hat ein Redakteur noch nie gewagt, einem Gericht zu kommen.

Den Höhepunkt der Verhandlung bildete aber das Zwiegespräch zwischen dem Vorsitzenden und dem Privatsekretär des Pg. Goebbels, Schimmelmann. Dieser junge Mensch war es nämlich, der am 27. April der Gerichtsschreiberei erklärte, ihm sei Goebbels Auf-enthalt unbekannt. Er wußte sich nur in der Gerichtsverhandlung vor aller Öffentlichkeit vom Vorsitzenden eine Lektion über Moral, Anstand und Mannesmut gefallen lassen. „Stimmt es, Herr Zeuge“, fragte Landgerichtsdirektor Krambe, „daß Ihnen der Aufenthalt Dr. Goebbels am Montag nicht bekannt war?“ Schimmelmann: „Nicht genau bekannt. Ich wußte nicht, ob die Tagung im Parteihause oder wo anders stattfindet.“ Vorsitzender: „Aber daß Dr. Goebbels in München war, wußten Sie.“ Zeuge: „Ja.“ Vorsitzender: „Also Ihre Angabe sollte in diesem Sinne ge-deutet werden.“ Zeuge: „Ja.“ Vorsitzender: „Vielleicht wäre es praktischer gewesen, zu sagen, daß Goebbels in München sei. Sie wußten aber nur nicht, in welchem Hause. Hätten Sie z. B. Goebbels durch einen Funkpruch erreichen können?“ Zeuge: „Ja, vielleicht hätte ich an die Geschäftsstelle der Partei telegraphiert.“ Vorsitzender: „Vielleicht merken Sie sich das für die Zukunft, Herr Zeuge, und machen dem Gericht präzisere Angaben. Wir allen Männer sind so erzogen, daß wir zu unseren Worten stehen, und man an ihnen nichts zu drehen und zu deuten hat.“ Der Zeuge stutz: „Auch ich stehe zu meinen Worten.“ Vorsitzender: „Sie hatten vom Dr. Goebbels den Auftrag, dem Gericht davon Mitteilung zu machen, daß er zum Termin nicht erscheinen würde, und zwar weil seine Pflichten den Wählern gegenüber den Pflichten dem Gericht gegenüber vorgehen.“ Zeuge: „Ja, das war der Sinn des Auftrags, und auch ich bin der Ansicht, daß Dr. Goebbels darin recht hatte.“ Vorsitzender: „Also man braucht einfach der Vorladung eines preussischen Gerichts nicht Folge leisten, wenn man glaubt, daß dadurch eine Kollision mit den Interessen der Wähler entstehen würde.“ Zeuge: „Der Reichstag ist ja aber auch auf Grund des Gesetzes gewählt, und der Abgeordnete befindet sich in Ausübung seiner Pflichten gegenüber den Wählern.“ Vorsitzender: „Ihre Erklärungen sollten Ihnen aber auch trotz Ihrer Jugend sagen, daß im allgemeinen den Wählern vor Gericht Folge geleistet werden mußte. Es ist nicht so, daß man sich sagen kann: Es geht mich einen Dreck an, wenn man glaubt, daß die Verantwortung vor dem Gesetz der Verantwortung vor den Wählern widerspricht. Ich würde Ihnen in jedem Falle empfehlen, in Zukunft den Befehlen zu gehorchen, und nicht auf die innere Stimme zu hören. Es wäre auch durchaus zweckmäßig, den Befehlen zu gehorchen, da man sonst sehr leicht zum Rechtsbrecher werden kann.“

Die Bekehrung, die der Zeuge erhielt, galt zwei jungen Deuten: dem Herrn Privatsekretär und seinem Meister Goebbels.

wird dabei als Ablenkungsmanöver für die noch im laufenden Jahre angeblich fällige Inter-vention bezeichnet.

Das ist eine plumpe Kriegslüge in dem bolsche-wistischen Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie, die der Aktioisierung aller Sektionen der Komintern zugrunde gelegt werden soll. Daß hierdurch nur das Gegenteil — die Stärkung einer interventionistischen Gefahr — erreicht werden könnte, ist offensichtlich. Denn die internationale So-zialdemokratie ist die stärkste Stütze des Welt-friedens und der wichtigste Garant für die Unantastbarkeit der Grenzen der Sowjetunion. Nicht aus Liebe zum Bol-schewismus, sondern aus dem Interesse am Weltfrieden und im Interesse des russischen Volkes verwirft die internationale Sozialdemokratie aufs entschiedendste jede Intervention.

Die Komintern bemüht sich, eine unmittelbare Inter-ventions- und Kriegsgefahr an die Wand zu malen. Der Zweck der Uebung ist die Wiederbelebung der „weltrevolutio-nären“ Ideologie des Bürgerkrieges.

„Das neue Wort“ der Komintern klingt also wenig ver-heißungsvoll. Eine neue Zerfegung- und Spaltungsoffen-sive gegen die Arbeiterbewegung soll in Gang gesetzt werden — ein wahrhafter Dolchstoß gegen die Arbeiterschaft in ihrem schweren Abwehrkampf gegen die faschistische Gefahr. So entartet die „Weltrevolution“ in die Weltreaktion. Die inter-nationale Sozialdemokratie wird der kommunistischen Offen-sive mit einer Gegenoffensive verstärkter Aufklärungsarbeit begegnen, indem sie ihren Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus unbeirrt fortsetzt!

Landtagwahl im Miniaturland.

Schaumburg-Lippe geht zur Wahlurne.

Büdeburg, 29. April. (Eigenbericht.)

Das kleinste deutsche Land, Schaumburg-Lippe, hat am 3. Mai seinen Landtag und seine Gemeindeparlamente neu zu wählen. Dem Ausgang dieser Wahlen wird man insofern mit großem Interesse entgegensehen, als in den letzten Jahren eine e sozialdemokratische Regierung die Geschichte dieses Landes mit seinen 48 000 Bewohnern lenkte.

Der bisherige Landtag setzte sich aus acht Sozialdemokraten und

sieben bürgerlichen Abgeordneten, darunter einem Demokraten, zu-sammen. Die letzten Reichstagswahlen haben das Stimmverhältnis weiter zugunsten der Sozialdemokratie verschoben.

Die Anwendung der Notverordnung.

Besserung in Preußen. — Klagen im übrigen Reich.

Seit dem Protest der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Anwendung der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen hat sich vornehmlich in Preußen eine starke Besserung der Verhältnisse bei der Anwendung der Not-verordnung gegenüber der Sozialdemokratie und ihr nachstehender Organisationen gezeigt.

Die Verfügung des preussischen Innenministers, monach generell Plakate und Versammlungseinladungen nicht mehr von jedem ein-zelnen Polizeibeamten zu genehmigen sind, sondern bezugsweise von Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten usw. gestattet werden können, hat wesentlich dazu beigetragen, die Empfindung zu befei-tigen, als werde die Notverordnung schlanos angewendet. Aber auch bei dem direkten Eingreifen in die politische Betätigung ist man in Preußen weitherziger geworden. Insbesondere ist das Verbot eines Freidenker-Flugblattes durch den Landrat in Kelm, auf das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besonders hingewiesen hatte, inzwischen aufgehoben worden.

Leider kann man nicht sagen, daß auch im übrigen Reich die Anwendung der Notverordnung ihrem eigentlichen Sinne entspricht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb Beran-lassung genommen, in einem neuen Schreiben an den Reichsminister des Innern einige besonders schwer-wiegende Fälle hervorzuheben und den Minister dringend um Abhilfe ersucht.

In einem thüringischen Ort hat man unter Bezugnahme auf die Notverordnung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend die Abnahme eines Transparents verboten, das die Aufschrift trug: „Hinein in die Sozialistische Arbeiter-Jugend“. Es ist unerfindlich, warum ein derartiges Transparent der Notverordnung widersprechen soll. Den Freidenker-Organisationen hat man in den verschiedensten deutschen Städten Versammlungen mit rein wissenschaftlichen Themen auf Grund der Notverordnung verboten, und Flugblätter, die in Preußen erlaubt sind, zur Verteilung nicht zugelassen.

Es ist erforderlich, daß der Reichsminister des Innern als Zen-tralinstanz sich um die Anwendung der Notverordnung in stärkerem Maße kümmert, als das anscheinend bisher der Fall gewesen ist.

Renner an Eldersch' Platz.

Der Präsident des Nationalrates.

Wien, 29. April. (Eigenbericht.)

Der Nationalrat wählte am Mittwoch zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Eldersch den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Renner. Die Wahl erfolgte im zweiten Wahlgang mit den Stimmen der Sozialdemokraten. Die Christlich-Sozialen machten anfänglich den Versuch, die Wahl zu vertagen.

Renner hielt nach seiner Wahl eine Ansprache, in der er u. a. auf die schwere Wirtschaftskrise hinwies und erklärte, daß der größte Teil aller Uebel durch die höhere Gewalt der Friedensverträge hervorgerufen sei. Die Regierungen von Deutschland und Oesterreich hätten kürzlich den ersten Schritt auf dem Weg ins Freie getan. Möge es gelingen, eine neue Wirtschaftsordnung für ganz Europa anzubahnen. „In meinem und wohl auch in Ihrem Namen — so schloß Renner — grüße ich in dieser Stunde unser großes deutsches Brudervolk.“

Am Reichstagspräsidenten Lobe hat Dr. Renner folgendes Telegramm gerichtet: „Zum Präsidenten des österreichischen Nationalrates gewählt, erbitte ich Ihnen als dem Repräsentanten der gesetzgebenden Körperschaft des Brudervolkes herzlichsten Gruß in der Hoffnung auf ein immer engeres Zusammenwirken der beiden deutschen Parlamente.“

Der Kampf um Dr. Wertheimer.

Die „Neue Züricher Zeitung“ stellt seine grundsätzliche Bedeutung fest.

Zürich, 29. April. (Eigenbericht.)

Die „Neue Züricher Zeitung“ beschäftigt sich in einem längeren Aufsatz unter dem Titel „Deutschland und der Völkerbund“ mit der deutschen Personalpolitik in Genf. Dufour-Féronce, der deutsche Untergeneralsekretär, dessen Ausscheiden aus dem Völkerbundsekretariat möglich sei, stehe nicht im Blickfeld innerdeutscher Kritik. Dagegen ist um einen mittleren Posten, den der deutsche Vertreter in der Informationsabteilung, ein heftiger Kampf entbrannt. Diese Stelle besaß sich in der besonderen Interessensphäre der deutschen Presse, nicht nur, diese mit dem Vertreter in der Informationsabteilung ständig zu tun hat, sondern auch, weil manche deutsche Journalisten sich um den Posten beworben hatten. Unter diesen Kandidaten waren erklärte Völkerbundgegner, begabte Leute, die aus ihrer Gesinnung nie ein Hehl gemacht und zum Beispiel Stresemanns Verständigungspolitik hartnäckig bekämpft hatten, und die sich nicht scheuten, offen zu sagen, daß sie auf den Völkerbundsposten reflektierten. Das wird außerhalb Deutschlands sonderbar anmuten, aber jene Leute sehen in ihrer völkerverbündlichen Gesinnung kein Hindernis, als Beamte des Völkerbundes zu wirken und glauben offenbar, daß auch die Wilhelmstraße in dieser Beziehung tolerant sei. Weiter heißt es: Die Anhänger von Stresemanns behutsamer, vertrauensfördernder Politik werden als „Marxisten“, „nationalstolze Geistes-“ und „Schwächlinge“ abgetan. Wenn ein Freund internationaler Verständigung wirklich Sozialdemokrat ist, dann muß er gewärtig sein, als „untragbar“ abgelehnt zu werden. Die rechtsstehende Presse hat denn auch Dr. Wertheimer von Anfang an bekämpft. Zum Schluß heißt es: Das Auswärtige Amt hat bereits bei dem Verbot des Remarque-Films vor dem Nationalismus kapituliert. Man hat das als eine „rein innerdeutsche Angelegenheit“ betrachtet. Der Fall Wertheimer beweist jedoch die deutsche Personalpolitik im Völkerbund und wird daher einen heftigeren konträrteren Ausschluß über den Kurs des Auswärtigen Amtes erteilen. Schließlich werden dann noch die Verleumdungen nationalstolcher Organe über die Tätigkeit Wertheimers während der Münchener Räteregierung und später eingehend widerlegt.

Der Kampf um Wertheimers endgültige Bestätigung ist in ein Stadium getreten, bei dem tatsächlich der bevorstehenden Entscheidung grundsätzliche Bedeutung für die auswärtige Politik Deutschlands zukommt. Das Auswärtige Amt wird hier den Beweis liefern müssen, ob die nationalistische Reaktion auch in außenpolitischen Fragen ihren Willen durchzusetzen vermag, oder ob die Verständigungspolitik Stresemanns unter seinem Nachfolger Curtius überhaupt noch gilt. Denn es geht längst nicht mehr um die Person und die Qualitäten Wertheimers, sondern es handelt sich jetzt um eine Kraftprobe, bei der jene Rechtskreise, die den Diffamierungsfeldzug gegen den Sozialdemokraten Wertheimer noch vor seiner Ernennung inszeniert haben, ihren Willen durchzusetzen versuchen. Das Ausland und namentlich das gesamte Völkerbundsekretariat würde in einer Nichtbestätigung Wertheimers den offenkundigen Beweis dafür erblicken, daß das Auswärtige Amt nach der Pfeife der Gegner der Verständigungspolitik tanzt.

Sensation im Unterhaus.

Churchill für Snowden.

London, 29. April. (Eigenbericht.)

Die Budgetdebatte im englischen Unterhaus dauert fort. Aus den Reihen der Liberalen ist ersichtlich, daß sie dem Etat in seinen Einzelpunkten zustimmen. Die Kritik der Konservativen ist lahmgelegt. Statt Churchill führt jetzt Neville Chamberlain die Opposition. Der

Bruch Churchills mit den Konservativen

kam am Mittwoch rasch zum Ausbruch. Als der frühere Finanzminister der Regierung Baldwin das Wort ergriff, verließ die konservative Partei den Saal. Nur einzelne Hochposten blieben zurück.

Churchill, der schärfste Gegner der Arbeiterregierung, erklärte zum Entsetzen der Konservativen seine Übereinstimmung mit dem Etat. Snowden verdiente alle Anerkennung, denn durch dieses Budget habe er England um eine gefährliche Klippe gebracht. Churchill ist eine solche Autorität im englischen Bürgertum, daß durch seine Rede den Konservativen alle Oppositionsmöglichkeiten aus der Hand geschlagen sind. Während Churchill sprach, sah Snowden lächelnd auf seinem Wah. Die Abgeordneten strömten in die Wandelhalle, um das Ereignis zu besprechen.

Neujährmales bleibt schuldig. Die zum 1. Mai fälligen Zinszahlungen auf seine Anleihen in New York und London in Höhe von 4 Millionen Mark hat Neujährmales nicht geleistet. Die australische Bundesregierung hat statt dessen gezahlt.

Die provisorische Verfassung der Republik China wird am 1. Mai und den folgenden Tagen vom Zentralkomitee der Sunningtangpartei beraten; am 6. Mai wird die Nationalversammlung eröffnet. — Holland und Norwegen haben auf ihre Konsulargerichtsbarkeit in China verzichtet.

... wie die Praxis beweist!



„Alle Verbrecher sind Margiften!“

Nazi-Msg. Studentkowski im Säch. Landtag.

Kataloniens staatliche Maifeier.

Loyalitätskundgebung des Adels.

Barcelona, 29. April. (Eigenbericht.)

Die katalanische Regierung hat angeordnet, daß der 1. Mai in ganz Katalonien als Feiertag der Arbeit gefeiert wird. Sämtliche Fabriken, Theater, Caféhäuser und Geschäfte, ausgenommen die Lebensmittelgeschäfte, bleiben am 1. Mai geschlossen.

Der katalanische Adel hat eine Erklärung veröffentlicht, nach der er das Land nicht verlassen und der republikanischen Regierung keinerlei Schwierigkeiten bereiten werde.

Absicht für Trozki in Spanien.

Wie Havas aus Madrid berichtet, habe Außenminister Lerroz auf eine Anfrage von Journalisten erklärt, er sehe keinen Grund, weshalb Trozki, wenn er das wünsche, nicht in Spanien seinen Wohnsitz nehmen solle. Hinsichtlich der Anerkennung der Sowjetregierung äußerte sich Lerroz dahin, daß er für die Anerkennung sei.

Ein Dementi der spanischen Botschaft.

Der Geschäftsträger der spanischen Republik in Berlin teilt mit: „Die spanische Botschaft demontiert die Nachricht, die in einigen Berliner Zeitungen (nicht im „Vorwärts“; Red.) erschienen ist, wonach die Botschaft beim Auswärtigen Amt gegen die Kandidatur des Herrn Alvarez del Bano als spanischen Botschafter in Berlin Schritte unternommen hätte. Die spanische Botschaft weiß nichts von einer solchen Kandidatur. Der Geschäfts-

träger von Spanien, Herr Prieto Villabrilles, weiß ganz genau, daß er nicht zuständig dafür wäre, das Agrément zugunsten einer bestimmten Person vorzuschlagen, und noch viel weniger, dagegen einzuschreiten; dies wäre absurd. Außerdem würde es seine Regierung unter keinen Umständen zulassen.

Die Botschaft hat sich infolgedessen weder zugunsten noch gegen einen bestimmten Kandidaten verwendet. Wenn der richtige Augenblick gekommen ist, wird sie sich darauf beschränken, die von ihrer Regierung in Madrid erhaltenen Anweisungen getreu und genau auszuführen.“

Alfons verkauft seine spanischen Aktien.

London, 29. April. (Eigenbericht.)

Wie der „Daily Herald“ aus gut unterrichteten Kreisen erzählt, kauft der spanische Exkönig seinen Londoner Aufenthalt zur Umgruppierung seines auf 60 bis 70 Millionen Goldmark geschätzten Vermögens. Verkauft werden vor allem spanische Wertpapiere und Aktien von Unternehmungen, die mit spanischen Firmen in Industrie- und Handelsverbindung stehen. Das durch diese Transaktion freierwerdende Geld wird von seinen Handelsagenten in sicheren und gut verzinslichen englischen Papieren angelegt. Alfons, der die Revolution lange vorausgesehen hatte, hatte rechtzeitig alle verfügbaren Gelder und Papiere nach London überweisen lassen, so daß ihm das Ziel der schwierigen Umgruppierung dieses Vermögens gelingen wird.

Madeirabischof wollte vermitteln.

Doch der Marineminister lehnt ab.

London, 29. April. (Eigenbericht.)

Der Bischof von Funchal, ein Engländer von Geburt, machte am Mittwoch vergebens einen Einigungsversuch zwischen den Aufständischen und den Kommandanten der vor Madeira liegenden portugiesischen Kriegsschiffe. Die Regierung von Lissabon verlangte jedoch bedingungslose Kapitulation.

Die Aufständischen in Funchal werden eine große Proklamation erlassen, in der sie es für eine Lüge erklären, daß das Ziel ihrer Bewegung die Lösung Madeiras von Portugal sei. Madeira verlange lediglich das Ende der Diktatur und der Unterdrückung aller Volksrechte und Wiederherstellung der Demokratie.

Mittlerweile gärt es in Portugal selbst. Die Regierung hat in den Kasernen die Soldaten unter Alarmbereitschaft gestellt.

Zolldebatte gegen Benesch.

Sozialdemokraten in Prag für die Zollunion.

Prag, 29. April. (Eigenbericht.)

Im Auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses fand am Dienstag und Mittwoch eine große Debatte über die Erklärungen des Außenministers Benesch zur Frage der Zollunion statt, an der sich 14 Redner beteiligten.

Im Namen der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei erklärte Abgeordneter Pohl, daß seine Partei sich mit den politischen Teilen des Berichtes nicht identifizieren könne. Der tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Reischas führt aus, daß die Vorbedingung einer Zollunion die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein müsse. Die Entwicklung der europäischen Einigung müsse nach sozialistischen Grundsätzen zu größeren Wirtschaftsgebieten führen. Die Argumentation, die eine Schädigung der österreichischen Industrie durch die Zollunion befürchte, müsse man ablehnen. Der tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Professor Macet befaßte sich insbesondere mit der Industrie- und Agrarkrise. Er pflichtete der Ansicht des deutschen Sozialdemokraten Pohl bei, daß die ganze tschechische Handelspolitik im Joch der Agrarkrise stehe. Macet sagte, daß die tschechischen Sozialdemokraten schon als Anhänger des Freihandels prinzipiell nicht gegen die Zollunion sein könnten. Der Führer der Nationaldemokraten Kramarich sprach gegen die Zollunion und für die Schaffung eines größeren Absatzgebietes für Oesterreich.

Eine Truppenmeuterei in Sao Paulo (Brasilien) soll rasch unterdrückt worden sein.

Frankreich endlich für Schiedspflicht.

Die Haager Klausel unterschrieben.

Genf, 29. April.

Die französische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes die Ratifizierungsurkunde über den Beitritt Frankreichs zu der sogenannten „Fakultativklausel“ des Statuts des Internationalen Haager Gerichtshofes, die die obligatorische Verpflichtung zur Regelung von Rechtsstreitigkeiten jeder Art durch den Internationalen Haager Gerichtshof vorsieht, übermittelt.

Die „Fakultativklausel“ ist unter den Großstaaten zuerst von Deutschland, im Jahre 1926, unterzeichnet und ratifiziert worden. Die englische Arbeiterregierung hat sie im vorigen Jahr anerkannt.

Wenig Maifeier in Paris.

Geschlossenheit nur bei den Kraftdroschkenführern.

Paris, 29. April. (Eigenbericht.)

Der 1. Mai wird in Frankreich wie im Vorjahre nicht durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert werden. In Paris werden die Verkehrsmittel, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung wie gewöhnlich funktionieren. Ebenso werden alle Geschäfte und Fabriken arbeiten; nur die Kraftdroschken werden nicht verkehren. Außer einer Versammlung, die vom Verband der Pariser sozialistischen Gewerkschaften nach der Arbeitsbehörde einberufen ist, werden die sozialistischen Parteien und der Allgemeine Gewerkschaftsbund keine Kundgebungen veranstalten, zumal Ansammlungen und Umzüge auf den Straßen verboten sind.

Die kommunistische Partei und der kommunistische Gewerkschaftsbund fordern ihre Anhänger zu Kundgebungen auf den Straßen in der Umgebung des Zirkus auf, nachdem eine Kundgebung in dem Zirkus polizeilich untersagt worden ist.

Erdbeben in Kaukasien.

Bisher 250 Tote.

London, 29. April. (Eigenbericht.)

Bei einem Erdbeben in Kaukasien wurden, wie der „Daily Herald“ aus Moskau meldet, 250 Personen getötet. Die Hauptstadt Tiflis selbst und der in der Nähe liegende Heimatort Stalins wurden von dem Erdbeben in Mitleidenschaft gezogen.

Spiegelarbeit gegen Sozialdemokratie

Kommunistischer „Klassenkampf“.

Von Franz Künstler.

Durch wohlkristallisierte „Siege“-Berichte haben die obersten Heeresleitungen während des Weltkrieges den Ernst der Lage verheimlicht. Nach der gleichen Methode melden jetzt Nationalsozialisten und Kommunisten jeden Tag Siege über die Sozialdemokratie.

Soeben hat die Sozialdemokratie im Jahrbuch des Parteivorstandes für 1930 und in den Jahresberichten der einzelnen Bezirke über die Mitgliederbewegung, über den Stand der Parteipresse und Parteifinanzen Aufschluß gegeben. Wo ist das Jahrbuch der Kommunistischen Partei, das auch dem Gegner offen zur Nachprüfung übergeben werden kann?

Der Berliner Bezirksverband der Sozialdemokratie musterter Ende März 1931 über 79 000 eingeschriebene und beitragszahlende Mitglieder. Nach der russischen „Pravda“ vom 25. Oktober 1930 zählte die Kommunistische Partei in ganz Deutschland 124 000 Mitglieder.

Die Sozialdemokratische Partei zählte im ganzen Reich

am 1. Januar 1930 1 021 777 Mitglieder

am 1. Januar 1931 1 037 384 Mitglieder.

Das ist in klaren Zahlen der „Sieg“ der Kommunisten über die Sozialdemokratie.

Da alle Aktionen der Kommunisten verpufften, griff man schließlich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu den Methoden des seligen Puttkamer. Wenn man z. B. die Lügenberichte über unseren Bezirksparteitag in der „Roten Fahne“ liest, muß man geradezu die Ueberzeugung gewinnen, daß heute der Spiegel der Hauptfunktionär in der Kommunistischen Partei ist.

Daß es sich bei diesem Spiegeltreiben um ein ganzes wohlaugeklügeltes System handelt, soll in den nachfolgenden Ausführungen gezeigt werden.

Die Zeitschrift „Oktober“, Militärpolitisches Mitteilungsblatt, für die ein angeblicher Hermann Scholz, Duisburg, zeichnet, bringt in der Aprilnummer 1931 neben einem Artikel über „Straßen- und Barrikadenkämpfe“ auch einen solchen über

„Methoden der Arbeit in der SPD.“

Ueber die Arbeit in der SPD. in Düsseldorf verbreitet sich der Verfasser sehr eingehend. Er zeigt darüber hinaus die Richtlinien auf, nach denen die konspirative Tätigkeit über ganz Deutschland organisiert werden soll.

Erste Aufgabe ist nach den Darlegungen des Verfassers die Schaffung eines Informationsapparates zur Beobachtung des Lebens innerhalb der SPD.

Hierfür werden vier Möglichkeiten ins Auge gefaßt:

1. Werben von Verbindungsleuten innerhalb der SPD.
2. Anknüpfen von Beziehungen zu solchen Genossen, die unter

irgendeinem Zwange (? Red. d. „B.“) der SPD. beigetreten sind (aber kommunistisch denken).

3. Sammeln aller aus der SPD. kommenden Elemente und ihre Beauftragung mit Informationsarbeit in der SPD.

4. Abkommandierung von Genossen in die SPD.

Die Kolporteurs des kommunistischen Literaturvertriebes sollen planmäßig alle erreichbaren SPD.-Adressen sammeln, um auf diesem Wege feste Verbindungen anzuknüpfen. Außerordentlich zweckmäßig sei ferner, übertretende SPD.-Leute mit der konspirativen Arbeit zu beauftragen.

Die kommunistische Partei stelle sich immer mehr auf diese Arbeit ein und habe folgende Anweisungen herausgegeben:

„Wir haben deshalb alle in Frage kommenden Instanzen der Partei angewiesen, alle einlaufenden Anträge auf Aufnahme in die Partei sofort und vor der Erledigung des Antrags unserem Refektorium zu melden. Auf diese Weise haben wir verschiedene SPD.-Leute erreicht, mit deren Beauftragung jedoch die Erfahrung gemacht, daß nur junge Kräfte für den Informationsdienst verwendungsfähig sind, da sich die Alten in diese Funktion nicht mehr hineinfinden können.“

Die Abkommandierung von Mitgliedern der SPD.

ist, wie weiter mitgeteilt wird, nur in solchen Fällen vorgenommen worden, wo alle anderen Möglichkeiten erfolglos erschöpft waren. Die Schaffung von Verbindungen wird nur dann für zweckmäßig erklärt, wenn dabei auf längere Sicht gearbeitet wird. Hierfür sind folgende Anweisungen gegeben:

1. Der Genosse darf im Bezirk nicht als Kommunist bekannt sein.
2. Er muß eine gründliche politische Schulung hinter sich haben.
3. Die Verbindung zwischen Partei und solchen Genossen muß streng konspirativ sein.

Besonders wird in dem Artikel vermerkt, daß die politischen Verhältnisse in der SPD. es erfordern, sowohl „rechte“ als auch „linke“ Verbindungsleute zu schaffen.

Ausdrücklich wird zum Schluß betont, daß diese „besondere Bearbeitung der SPD.“ erst begonnen habe.

Wenn die „Rote Fahne“ in ihrem Bericht über unseren Bezirksparteitag von „angeblichen kommunistischen Spiegeln in der Sozialdemokratie“ spricht, so ist durch den Artikel in der Zeitschrift „Oktober“ der Beweis erbracht, daß die kommunistische Partei ihre Zu- und Wirtkäufer tatsächlich zur Spionage erzieht und drillt. Mit einer Partei, die zu solchen Mitteln greift, kann man sich kaum noch geistig auseinandersetzen.

Mit ihrem Verzicht, die Sozialdemokratie durch Spiegelarbeit zu zerlegen, hat die SPD. einen großen Vorgänger: nämlich den schon genannten königlich preussischen Polizeiminister v. Puttkamer. Er hat es nicht geschafft, und so wird auch das Bemühen jener vergeblich bleiben, die heute als angebliche „Revolutionäre“ seine getreuesten Schüler sind, der Kommunisten!

Frick's Nachlaß wird aufgeräumt.

Verbot politischer Schülervereinigungen in Thüringen.

Weimar, 29. April

Das thüringische Volksbildungministerium gibt bekannt:

Die Hitlerjugend und insbesondere der Thüringer Schülerbund haben bei ihrem öffentlichen Auftreten im politischen Streit der letzten Wochen ein Verfahren angewandt, das mit grundsätzlichen Forderungen, die an die Jugend im Interesse ihrer Erziehung hinsichtlich Bescheidenheit und parteipolitischen Zurückhaltung gestellt werden, nicht in Einklang steht und keinesfalls geduldet werden kann. Im Interesse der Jugendziehung und der Schuldisziplin haben die Schulleitungen der höheren Schulen die Maßnahmen zu ergreifen, die im § 26 II der Schulordnung vorgeesehen sind. Dieser Paragraph verbietet politische Schülervereinigungen und gab seinerzeit den Anlaß zu dem Konflikt zwischen Minister Dr. Frick und dem Weimarer Gymnasialdirektor Siefert. Dr. Siefert hatte auf Grund dieses Paragraphen eine rechtsgerichtete Schülerorganisation verboten und Dr. Frick hatte die Aufhebung dieses Verbots gefordert.

Das Hakenkreuz in den bayerischen Schulen.

München, 29. April.

In der Plenarsitzung des Landtages kam Kultusminister Dr. Goldenberger eingehend auf eine Reihe von Klagen über die politische Betätigung nationalsozialistischer Lehrer und über nationalsozialistische Beeinflussung von Volks-

schülern zu sprechen. Er glaubte zusammenfassend feststellen zu können, daß nach den eingelaufenen Regierungsberichten die nationalsozialistische Propaganda in Bayern die Schüler der Volk- und Berufsschulen in erheblichem Maße noch nicht erfaßt habe. Das Unterrichtsministerium werde nach wie vor entschlossen bemüht sein, jede Politik von den Schülern fernzuhalten. Fast in jedem Regierungsbezirk betätige sich eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Volksschullehrern im Dienste der nationalsozialistischen Bewegung. Die überwiegende Zahl dieser Lehrer habe sich in den Schranken gehalten, die den Beamten im allgemeinen und den Jugendberühmten im besonderen gezogen seien. Bedauerlicherweise lögen aber auch Fälle vor, in denen Volksschullehrer in der nationalsozialistischen Betätigung diese Grenze auch überschritten. In vier Fällen habe das Ministerium Veranlassung genommen, die Ämter an die Regierung zur Durchführung des Verfahrens zurückzugeben.

Den Nazirebellen um Hauptmann Stennes geht es finanziell und auch organisatorisch wesentlich besser als es Hitler und Konferten wahr haben möchten. In der neuesten Nummer seiner Halbwochenzeitschrift teilt Stennes z. B. mit, daß sein Organ ab nächsten Mittwoch „in großer Ausmachung“ mit zahlreichen Beilagen erscheinen werde und künftig in Berlin auch Sonntagabends herausgegeben und verkauft werden soll. Außerdem stellt Stennes fest, daß im Kreise Breslau-Land ein Bezirksleiter der NSDAP. mit sämtlichen 10 Ortsgruppen zu ihm übergetreten sei und sich auch der Sturm 50, ebenfalls Breslau-Land, geschlossen hinter ihn gestellt habe. Stennes prophezeit schließlich: „Der Breslauer Meldung werden in wenigen Wochen zahlreiche Meldungen gleichen Inhalts und gleicher Bedeutung folgen.“

Der preussische Forstetat.

Abstimmungen aus dem Innenetat. — Sozialdemokratische Verbesserungsanträge für die Schupo angenommen.

Im Preussischen Landtag wurde am Mittwoch die zweite Lesung des Forstetats fortgesetzt. Von Bedeutung war dabei lediglich eine Rede des Landwirtschaftsministers Dr. Steiger, der die Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Brandenburg gegen den Sachreferenten für Arbeiterangelegenheiten im Ministerium für unberechtigt erklärte. Der Rückgang der Ueberschüsse der Forstverwaltung habe selbstverständlich Sparsamkeiten bei den persönlichen und sachlichen Ausgaben des Etats erfordert. Infolge der schlechten Wirtschaftslage liegen die Holzpreise noch unter den Vorkriegspreisen. Dabei sei die Einfuhr von fremdem Holz ungefähr ebenso hoch wie vor dem Kriege. Insbesondere sei der Anteil Rußlands an der Holzeinfuhr in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Rußland ist infolge seines Waldreichtums und seiner niedrigen Arbeiterlöhne in der Lage, den deutschen Holzmarkt mit billigem Holz zu überschwemmen. Über der Rapallo-Vertrag gestatte keine wirksamen zollpolitischen Schutzmaßnahmen gegen dieses russische Holzdumping. Die von verschiedenen Seiten geforderte Umstellung der staatlichen Forstwirtschaft in ein öffentliches Unternehmen wie bei den preussischen Bergwerken lehnte der Minister ab.

Außerdem stimmte das Haus über die angefochtenen Titel des Haushalts des Innenministeriums und über die dazu gestellten Anträge ab. Dabei wurde in namentlicher Abstimmung ein deutschnationaler Antrag abgelehnt, der die Aufhebung des Ministerialerlasses über die Nichtbestätigung von Kommunisten und Nationalsozialisten in kommunalen Ämtern verlangt. Ebenfalls in namentlicher Abstimmung wurde ein kommunistischer Antrag abgelehnt, der das Demonstrations- und Versammlungsverbot aufheben will. Dagegen wurden eine ganze Reihe sozialdemokratischer Verbesserungsanträge für die Schupo angenommen. So soll unter anderem den Beamten eine Verlängerung des ihnen zustehenden Urlaubs zugesprochen werden, um sie für den an Sonn- und Feiertagen durch Alarmanordnungen entstandenen Verzicht auf ihre Freizeit zu entschädigen. Ferner sollen mit allen verfügbaren Mitteln die Polizeiunterkünfte der Schupo ausgetattet und die Polizeiuunterkünfte verbessert werden. Endlich sollen Polizeibeamte nach Vollendung des 40. Lebensjahres von der Pflichtteilnahme an den Leibesübungen befreit werden.

Die abgebrochene Aussprache über den Forstetat wird am Donnerstag 10 Uhr fortgesetzt.

Staatshilfe für die Gemeinden.

Initiative des Preussischen Staatsrats.

Der Preussische Staatsrat nahm am Mittwochabend einstimmig den Initiationsgesetzentwurf an, wonach sich der preussische Staat im Rechnungsjahr 1931 mit einem Betrag von 250 Millionen Mark an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge beteiligen soll. Die Mittel sollen auf die Bezirksfürsorgeverbände verteilt werden, und zwar einmal nach der Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen in den Fürsorgeverbänden und zum anderen nach dem Bedarfsjah, der unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse durchschnittlich für den einzelnen Unterstützungsfall festgesetzt wird. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft ab 1. April d. J. erhalten.

Mit dem Gesetzentwurf zugunsten der Erwerbslosenunterstützung, die den Gemeinden obliegt, hat der Staatsrat zum erstenmal von dem Recht, ein Initiationsgesetz vorzulegen, Gebrauch gemacht. Der Staatsrat sieht die Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände so ernst an, daß er ein sofortiges Handeln für geboten erachtet hat. Die Verhandlungen zwischen Reich und Staat schleppten sich seit Wochen hin, ohne daß eine Hilfe für die überlasteten Gemeinden auf dem Gebiet der Wohlfahrtsfürsorge eingetreten wäre. Um die Sache vorwärts zu treiben, hat sich dann der Staatsrat zu dem Initiationsgesetz entschlossen.

Freilassung der deutschen Ballonschiffer. Die drei Insassen des bei Warschau niedergegangenen deutschen Freiballons sind freigelassen worden, so daß ihrer Rückreise nach Deutschland nichts mehr im Wege steht. Die Ballonhülle wird ebenfalls nach Deutschland zurückbefördert werden.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Franz Mühs; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Blinzer; Revolution: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glaser, sämtlich in Berlin. Verlag: Buchverlag Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Seite 2 Beilagen.

Im Herzen Berlins

SPANDAUER-KÖNIGSTR.

GROSSER RESTE VERKAUF

In den beiden Stofflichthöfen

die günstigsten Angebote

Bedruckt Bemberg-Georgette hervorragende Qualität, in modernen Mustern, Meter nur	250
ca. 130 cm breiter Woll-Georgette neueste Muster, auch pastellfarbig, Mtr. nur	295
Crêpe marocain Kunstseide, hervorragende Qualität, in mod. Farben, ca. 100 cm breit, Meter nur	275

Damen - Kleid aus bedrucktem Crêpe marocain, in flatter Form, moderne Muster, Stück nur	29,-
Damen - Strümpfe künstl. Waschseide, kräftige elastische Qualität, mod. Farbensortiment, Paar nur	125
Frottierhandtuch weiss Jacquard, mit Indanthren Nadelstreifen, ca. 54/110 cm, Stück nur	95,-

N * J S R A E I

BERLIN C 2
GEGRÜNDET 1815

Großfeuer in Schöneberg

Vorderhausdachstuhl in der Hauptstraße eingäschert

Durch ein Großfeuer wurde gestern nachmittag der Dachstuhl des Vorderhauses Hauptstraße 113 in Schöneberg eingäschert. Die anwesende Feuerwehr mußte alle Kräfte aufbieten, um ein Uebergreifen des Feuers auf die beiden angrenzenden Seitensügel, die teilweise stark gefährdet waren, zu verhindern.

Wenige Minuten nach 17 Uhr wurde das Feuer bemerkt. Aus den Bodenluten schlugen plötzlich meterhohe Flammen heraus und in kurzer Zeit bildete der Dachstuhl in seiner ganzen Front ein einziges Feuermeer. Beim Anrücken der Wehren waren die Hinterhausdachstühle und angrenzenden Wohnhäuser bereits so stark bedroht, daß Großfeueralarm gegeben werden mußte. Unter Leitung des Oberbau Rates Berg von der Kantewache in Wilmsdorf griffen vier Löschzüge in die Bekämpfung des Brandes ein. Das feuchte Wetter dückte die starken Rauchmassen auf die Straße nieder, so daß die ganze Umgebung der Brandstätte in eine undurchdringliche Qualmwolke gehüllt war. Mit Sauerstoffapparaten ausgerüstet, drangen die Löschtrupps über die Treppenhäuser und eine mechanische Veltter nach oben vor. Sechs Schlauchleitungen mußten eingesetzt werden, um die Flammen, die an Bodengerümpel, Verfallenen und dem Dachgebälk reiche Nahrung fanden, einzudämmen. Trotz aller Bemühungen der Feuerwehr konnte von dem Dachstuhl nichts gerettet werden.

Der Schaden ist erheblich, da auch in den Wohnungen des dritten und vierten Stockwerkes durch herabdringende Wasserfluten erhebliche Verheerungen angerichtet worden sind. Die Entstehungursache konnte bisher nicht geklärt werden, da bei der Heftigkeit des Brandes sämtliche Spuren verwischt sind. Der Brand hatte in der Hauptverkehrsstraße eine gewaltige Schaar Neugieriger angelockt. Der gesamte Straßenverkehr mußte von 17 bis 18.30 Uhr polizeilich gesperrt und durch die Tempelhofer Straße und Feuerstraße umgeleitet werden.

Zwei tödliche Unfälle.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags ereigneten sich wieder zwei tödliche Verkehrsunfälle. Beim Ueberqueren des Fahrdammes vor dem Hause Beusselstraße 2 in Moabit wurde der 81jährige Rentner August Wöhrle aus der Bochumer Straße 25 von einem Wagen der Städtischen Müllabfuhr überfahren und schwer verletzt. Der Kreis wurde ins Moabiter Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Aufnahme starb. An der Ecke Luisen- und Invalidenstraße geriet das 16jährige Lehrlingskind Ilse Oldhauer aus der Prißwalter Straße unter die Räder eines Lastautos. Die Verunglückte wurde durch die Feuerwehr in die Charité gebracht, doch konnte bei der Einlieferung nur noch der Tod festgestellt werden.

Kairo-Express in Flammen.

38 Passagiere verbrannt. — Viele Schwerverletzte.

London, 29. April.

Einer Meldung aus Kairo zufolge fing am Mittwoch nachmittag der Alexandria-Kairo-Express Feuer. 38 Personen, darunter 10 Kinder, fanden dabei den Tod, drei starben nach Einlieferung in das Krankenhaus und 36 Personen wurden schwer verletzt. Viele Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit verkümmert. Der Zustand vieler Verwundeten ist sehr ernst. Unter den Toten befindet sich nur ein Europäer. Das Feuer, das wahrscheinlich durch das Heißlaufen eines Lagers entstanden war, erfaßte drei hölzerne Wagen 3. Klasse älteren Typs. Der Zugführer hatte den Ausbruch des Brandes nicht bemerkt und wurde erst während der Fahrt durch einen Streckenwärter auf die ausbrechenden Flammen aufmerksam gemacht.

Kein Verbrechen.

Der Tod des Schlossers Nagels aufgeklärt.

Mit der Aufklärung eines Todesfalles beschäftigte sich, wie wir berichteten, die Reseruemordkommission des Polizeipräsidenten. In den Morgenstunden des 16. April war ein junger Mann, in dem später der 25 Jahre alte Schlosser Hans Nagels aus der Pappelallee festgestellt wurde, in einem Lokal in der Wilmannsstraße, wo er eine Tasse Kaffee bestellt hatte, plötzlich bewußtlos vom Stuhle gestürzt. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus, wo die Ärzte eine Schußverletzung im Rücken feststellten. Nagels wurde operiert, verstarb aber an Lungenerkrankung am 23. April. Die Vermutung, daß er den Schuß bei einer Schlägerei

oder von politischen Gegnern erhalten habe, hat sich bei den weiteren Nachforschungen nicht bestätigt. Es konnte vielmehr festgestellt werden, daß Nagels in der Nacht zum 16. d. M. mit einem Helfershelfer einen Einbruch in das Warenlager eines Kolonialwarengeschäftes in Schildow bei Blankenfelde unternommen hat. Die beiden Männer waren zunächst in den Keller eingedrungen und versuchten, eine Kellertür in die Höhe zu stemmen. Sie wußten nicht, daß darauf eine Anzahl leerer Kisten stand. Diese gerieten, als die Klappe angehoben wurde, ins Wanken und fielen mit Donnergeräusch um. Der Geschäftsinhaber, der im ersten Stock desselben Hauses wohnte, hörte den Lärm und ging mit einer Pistole bewaffnet, auf den dunklen Hof hinunter. Hier fand er niemand, hörte aber Geräusch aus dem Keller. Als er dort eintrat, kamen ihm zwei Männer entgegen und warfen sich auf ihn. Der Geschäftsmann gab mehrere Schüsse ab, hörte auch den einen Eindringler ausrufen „Verdammt verdamm!“; konnte aber nicht sagen, ob er getroffen hatte. Zweifellos ist der Schreckensruf von Nagels gekommen, der angeschossen war. Die beiden Eindringler flüchteten dann, und Nagels tauchte erst wieder in der Wilmannsstraße auf. Hier verließ ihn die Kräfte. Wer sein Helfershelfer war, ist noch nicht bekannt. In der gleichen Nacht sind auch andere Geschäfte in Schildow und Blankenfelde von Eindringern heimgesucht worden.

Steuerermäßigung für kleine Kinos.

Den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung auf Senkung der Vergnügungssteuersätze glaubte der Magistrat nicht in allen Punkten zustimmen zu können. Die Finanzlage der Stadt zwingt dazu, die Herabsetzung der Sätze auf das allernotwendigste Maß zu beschränken. Aus diesem Grunde hat der Magistrat die Senkung der Sätze für die Sprechbühnen und Konzertrefektorien auch mit Rücksicht auf den schon bestehenden niedrigen Satz von 5 Prozent abgelehnt. Bei den Lichtspieltheatern hat der Magistrat die von den Stadtverordneten beschlossene Ermäßigung dahin eingeschränkt, daß diese Ermäßigungen, nicht wie von den Stadt-

verordneten vorgesehen, für Eintrittspreise bis zu 1 Mark, sondern nur bis zu 90 Pf. gelten sollen. Die Sätze selbst sind statt auf 12, 10 und 7 Prozent nur auf 13½, 11 und 8 Prozent gesenkt worden.

Der Stadtgemeindeauschuß.

Wie das neue Organ der Stadtgemeinde arbeiten wird.

Der neugeschaffene Stadtgemeindeauschuß, der neben der Stadtverordnetenversammlung, dem Magistrat und dem Oberbürgermeister zukünftig die Reichshauptstadt regieren wird, hat jetzt die Vorbereitungen für die Aufnahme der Arbeit beendet. Der Aushuß, der aus 45 Stadtverordneten besteht, nicht öffentlich unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagt, und wichtige, früher der Stadtverordnetenversammlung zuzehende Aufgaben zu erledigen hat, tritt zum ersten Male am 7. Mai zusammen. Anfang Mai wird dann Stadtkammerer Kfz den Haushaltsentwurf für das neue Etatsjahr vorlegen. Die notwendigen Vorbereitungen und Aushußberatungen dürften sich sehr schwierig gestalten, da auch dieser Haushaltsplan ein Etat der Not ist. Es ist kaum damit zu rechnen, daß der Etat von der Stadtverordnetenversammlung Mitte Juli verabschiedet wird.

Nach den getroffenen Vereinbarungen werden die Vorlagen und die Tagesordnung des Stadtgemeindeauschusses allen Stadtverordneten zugestellt werden. Vor jeder Sitzung des Ausschusses sollen regelmäßig Fraktionsitzungen abgehalten werden. Dadurch soll erreicht werden, daß die Mitglieder des Ausschusses stets in enger Zusammenarbeit mit der Gesamtheit ihrer Fraktion bleiben. Nach § 5 des neuen Berlin-Gesetzes ist es übrigens jedem Stadtverordneten, auch wenn er nicht Mitglied des Stadtgemeindeauschusses ist, möglich gemacht, den Beratungen des Stadtgemeindeauschusses beizumohnen. Für die Verhandlungen des Stadtgemeindeauschusses soll vorläufig die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung gelten. Neben dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden werden zwei Beisitzer die Verhandlungen leiten.

Die Sitzungen des Stadtgemeindeauschusses sollen regelmäßig Donnerstags nachmittag um 17 Uhr beginnen. Für den Ausschuß besteht auch ein besonderer Kellerrat, der aus dem Oberbürgermeister, seinem Stellvertreter, dem Stadtverordnetenvorsteher und den acht Fraktionsvorsitzenden besteht. Der Kellerrat tritt jeweils eine Viertelstunde vor Beginn der Sitzung zusammen.

Um die Arbeit des Ausschusses zu erleichtern, werden mehrere ständige Ausschüsse eingesetzt werden, die sich aus 17 Mitgliedern zusammensetzen. Bereits jetzt besteht u. a. ein Ausschuß für Angelegenheiten der Hilfskräfte und Arbeiter, ein Ausschuß für die Erwerbslosen und ein Städtebauauschuß. Den Vorsitz in jedem Ausschuß hat der Oberbürgermeister oder ein von ihm beauftragtes Magistratsmitglied als Stellvertreter. In diese Ausschüsse können selbstverständlich nur Mitglieder des Stadtgemeindeauschusses gewählt werden. Ueber alle Verhandlungen werden stenographische Berichte angefertigt, die jedoch nicht gedruckt werden. Nur der Oberbürgermeister, der Stadtverordnetenvorsteher und jede Fraktion erhalten je ein Exemplar.

Die Beschlüsse des Stadtgemeindeauschusses bedürfen, wie die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, der Zustimmung des Magistrats. Kommt es zu keiner Verständigung zwischen den Organen der Stadtvertretung und dem Magistrat, so steht das neue Gesetz eine gemeinsame Beratung zwischen dem Magistrat und dem Stadtgemeindeauschuß unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters vor.

Afrikaliegerin landet in Tempelhof.

Die Afrikaliegerin Eilit Beinhorn wird heute nachmittag zwischen 16 und 17 Uhr auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof landen. Zu ihrer Begrüßung werden unter anderem der Deutsche Aeroclub sowie die Veranstalter des Fluges zugegen sein.



Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch.

Manchmal besuchte die Sippchaft der Signores die Direktorsleute. Bis über die Ohren klotzt, in seltsamen Kapuzenmänteln aus Wachselektro kamen sie daher, auch die zwei kleinen Signorinas. Der reinste Faschingsulk in unseren Augen. Obwohl es bei solchen Leuten mehr auffällt, wenn sie sich so kleiden und benehmen wie gewöhnliche Sterbliche. Unter allerlei Vorwänden und besonders durch die Fingdigkeit und Traute meiner Schwester schlüpfen wir wiederholt in die Nachbarschaft hinüber, zu den Schneidersleuten, und konnten in solchen Fällen auch einen Blick in das Komödiantenzimmer werfen. Dort lagen sie und gähnten, oder spielten gelangweilt Domino und tranken Tee dazu.

In der ganzen Straße und auch bei uns wurde das große Unglück der Komödianten mit dem Wetter besprochen. Die Frau des Schneiders kam manchmal zu uns herüber und berichtete meiner Mutter. Ja, und wenn der Regen vorbei ist, dann ist der Frost da, der Raubreif, wer zum Teufel wird sich dann im Zirkus ausfrieren? Das Ende wird sein, daß sie ihr Geld verbrauchen und hier hängen bleiben. Ich lasse sie umsonst bestimmt nicht wohnen! Ich sehe das ganze Gefindel auf die Straße!

„Aber Sie sagten doch, liebe Frau, daß sie die Miets im Voraus erhalten haben und doppelt so viel von ihnen verlangt hätten, wie von anderen“, bemerkte meine Mutter.

„Ja, aber wenn Sie sehen würden, Frau Nachbarn, wie diese Leute wirtschaften. Diese Frau! Na, wenn ich ihr Mann wäre!“

Und jetzt schüttelte die Schneidersfrau ein komplettes Sündentagebuch auf Frau Griseldes Haupt aus, ihre Mißgriffe in der Wirtschaft, die Verschwendungssucht der Komödianten.

Daß sie den Kaffee ohne Kaffee-Ersatz tranken, wie die Grafen. Daß Frau Griselde fähig sei, das Abendbrot aus dem Gasthaus holen zu lassen, nur um ihre Nase nicht in Küchen-

dunst zu stecken. Dafür bemalte sie sich die Wangen um so mehr. Daß von dem Preise des Kuchens, den die Komödianten zu einem Kaffee vom Konditor holen ließen, eine arme Familie zwei Wochen lang leben konnte. Daß Frau Griselde nicht um alles in der Welt selbst auf den Markt ginge einzukaufen, und wenn die Bäuerinnen ins Haus kamen mit Eiern und Butter, ihnen das Geld nur so hinwarf, keinen Heller feilschte, so die Preise für andere, ärmere, verderbend. Daß sie die Söhne nicht für Speisen verbrauchten, sondern nur so glasweise hinuntertranken. Daß die Kage der Direktorin — unerhört! — süße Söhne in ihren Teller erhielt und an Stelle der Knochen nur Braten fraß, wie die Herren.

Wirklich erregte es einen gewissen Anstoß in der ganzen Straße, wie die Komödianten ihr Geld hinauswarfen. Und natürlich war es die Schneidersfrau, die den Tratsch überall herumtrug.

Erstes Kapitel

bringt endlich die ersten Regungen der ersehnten Freundschaft, noch immer im Zeichen der launischen Wetterhege.

Natürlich waren auch ich und meine Schwester, ja sogar meine Eltern, von Neugier geplagt und machten uns oft im Stall zu schaffen, um das gute, aber rüddige, Kamel zu beobachten.

Neben seiner Rüddigkeit geriet das Kamel wegen des üblen Gestanks, den es verbreitete, in Verruf.

„Schrecklich, dieser unerträgliche Geruch!“ sagte meine Mutter. „Ich würde ohnmächtig, wenn man mich für eine Stunde in den Stall einsperrte.“

Es war wirklich ein gräßlicher und fremdartiger Geruch. Aber ich schämte mich, mir einzugestehen, daß er mir nicht peinlich schien, ja, wie ein erregender Zauber auf mich wirkte. Wenn ich auch in der Nähe des Kamels Atemübungen vollführte, und scheinbar die Nase darüber rümpfte, schnupperte ich dennoch stets von neuem.

Mister Jack kam mehrmals am Tage in den Stall, zu seinem Kamel, und es geschah oft, daß ich mit meiner Schwester bei der Fütterung des Tieres zugegen war. Dann vollführte Mister Jack mit dem Kamel verschiedene Kunststücke zu unserer Unterhaltung. Er ließ es die Beine hochheben oder sich die mitgebrachten Hörnchen aus der Tasche stehlen. Einmal wollte er mein Schwesterchen auf den Rücken des Kamels setzen, aber sie kreischte so, daß er es aufgeben mußte. Meine Schwester war, wie ähnliche kleine Cören, entweder wilder oder ängstlicher als ich, aber spielte die Schüchternen, dann

wieder war sie fast zubringlich. Sicher ist, daß sie stets die kühnere war von uns beiden.

Mister Jack war der gefälligste unter den Komödianten, aber auch er war nicht zubringlich. Er nahm nicht einmal in Anspruch, durch unseren Hausflur, unter dem Vordach zu seinem Kamel zu gelangen, sondern benutzte auch während des Regens die Hintertür und ließ sich lieber durchnässen, um ja nur meines Vaters Weisung zu befolgen. Und ohne Grund kam er nie in unser Haus.

Einmal standen wir gerade wieder mit meiner Schwester in der Stalltür, Mister Jack bei der Arbeit zusehend. Aber Mister Jack war nicht allein. Aus Langeweile hatte ihn Freddy begleitet.

Als er den Stall verließ, machte Mister Jack Freddy auf unsere leeren Wagenstuppen aufmerksam. Dann wandte er sich an uns und erkundigte sich: „Lieber Papa zu Hause? Will etwas bitten, hier Platz für unser Wagen. Ich nichts sehe von euren Sachen.“

Mein Vater hatte gerade wieder seinen mißgelaunten Tag. Nach dem Essen zündete er die Lampe an. Dann schickte er mich in den Weinkeller an der nächsten Ecke mit einem geflochtenen Krug, den er gefüllt in die Mitte des Tisches stellte. Mit dem Krug unterhielt er sich dann an Stelle seines Berufes.

Das mußte voraussichtlich mit einem Familienzwist enden. Entweder weinte meine Mutter, oder aber mein Vater verließ einen von uns.

Mein Schwesterchen und ich wußten nicht, in welcher Laune sich Vater gegenwärtig befand, wir sahen uns also an bei Mister Jacks Frage und antworteten mit einem etwas ungewissen Ja.

Er war sich über unsere internen Familienangelegenheiten natürlich nicht klar und trat, von mir geführt, bei uns ein. Freddy kam ebenfalls mit.

Mein Vater zankte tatsächlich mit Mutter neben der Flasche, die in der Mitte des Tisches stand. Es war zu befürchten, daß er Mister Jack gar nicht zu Wort kommen ließ, sondern, infolge der Störung, gleich hinauswarf.

Statt dessen empfing mein Vater die Gäste verhältnismäßig ganz freundlich. Er gab Mister Jack die Hand und hieß ihn Platz nehmen.

Freddy stellte sich hinter dem Sessel seines Onkels auf mit dem gewohnt träumerischen Ausdruck im Gesicht, und warf gerade nur einen Blick auf unsere abgenutzten Möbel.

(Fortsetzung folgt.)

Wir rufen alle zum Mai-Jugendtag!

Am Sonntag, dem 3. Mai, im Volkspark, Rehberge nahe der Müller- und Seestraße (Wedding). — Eröffnungsfeier im Stadion um 14 Uhr: Spiel, Sport, Volkstanz, Massenaufführungen, Schlußkundgebung um 18 Uhr, Redner Max Westphal. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Angestellten-Jugend. Jugendgruppen der Arbeitersportler. Sozialistische Arbeiter-Jugend.

1. Mai — schulfrei!

Ein Recht, das ausgenutzt werden muß.

Arbeiterkellern, laßt eure Kinder den ersten Mai mitfeiern! Schickt sie an diesem Tage nicht zur Schule! Ihr habt das Recht dazu! Macht von eurem Recht Gebrauch!

Am Erlaß des preussischen Kultusministeriums vom 26. April 1926 heißt es: „Besuchen von Eltern und Erziehungsberechtigten auf Befreiung vom Unterricht am 1. Mai ist zu entsprechen.“ Das Befreiung nur tags vorher an den betreffenden Lehrer gerichtet sein und darf vom Lehrer nicht abgelehnt werden.

Warum sollen unsere Kinder am ersten Mai nicht zur Schule gehen? Damit in unseren Arbeiterkindern das Gefühl wachgerufen wird, daß der in schweren Kämpfen errungene Feiertag des Proletariats ein wahrer Feiertag ist. Aber die Schulbefreiung allein genügt nicht. In der Familie muß dieser Tag immer mehr an Beachtung gewinnen und in den Sitten und Gebräuchen zumindest Weihnachten und Ostern gleichgestellt werden.

Was sollen die Kinder am ersten Mai? Sie sollen mitmarschieren in den großen Demonstrationen der Arbeiterschaft oder zumindest sie an ihren Augen vorbeiziehen lassen. Der Anblick dieser Massen wird nicht ohne Wirkung auf sie bleiben; sie werden stolz darauf sein, Arbeiterkinder, Arbeitermädchen zu sein. Sie sollen auch an der Kinderfeier der Partei, die fast überall von den Kinderfreunden durchgeführt wird, teilnehmen. Denn sie sollen auch einen Tag der Freude erleben, einen Tag, auf den sie sich das ganze Jahr freuen können.

Kokainhandel Berlin—Düsseldorf.

Schiebergeschäfte mit Schlemmfreude.

Einem ausgedehnten Kokaingeschäft ist Ende voriger Woche die Kriminalpolizei in Düsseldorf auf die Spur gekommen. Ein angesehenes Kaufmanns- und mehrfacher Hausbesitzer dort sollte einen größeren Posten Kokain kaufen. Das Gift war ihm durch Mittelsmänner von einem Berliner Händler angeboten worden. Das Geschäft stand dicht vor dem Abschluß, als die Kriminalpolizei eingriff und das Kokain beschlagnahmte.

Bei der Untersuchung ergab sich, daß es eine Art Einipon-Schwindel war, denn die beschlagnahmte Ware bestand nicht aus reinem Kokain, sondern aus Schlemmkreide und anderen harmlosen Ingredienzien. Der Preis war aber wie für richtiges Kokain gestellt gewesen. Der Verkäufer hatte sich Brüggemann genannt. Wie es bei diesen Schiebergeschäften üblich ist, befand sich die verpackte Ware in den Originalpackungen einer bekannten süddeutschen chemischen Fabrik, die geschickt nachgemacht waren. Auf die Mitteilung der Düsseldorfer Polizei wurde nun vom Berliner Kaufgeschäftsbezirk nach Brüggemann gesucht. Er wurde als der oft genannte 38 Jahre alte „Kaufmann“ Wilhelm Blümel aus der Dänenstraße ermittelt und festgenommen. Nach einer längeren Vernehmung konnte auch Blümel das Geschäft nicht mehr leugnen. Im Januar 1929 versuchte er, 10 Flaschen zu je 1 Kilo Kokain, das in Wirklichkeit nur Kalk war, für 15000 Mark zu verkaufen. Die Beamten der Dienststelle E 6 erwischten ihn aber, ehe er das Geld in den Händen hatte. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurden damals mit Blei ausgelegte Büffel und gezinkte Karten gefunden, ein Beweis, daß er sich auch auf dem Gebiet des Glücksspiels betätigt hatte. Aus diesen Funden entwickelte sich schließlich einer der größten Spielerprozesse, an dem eine ganze Anzahl von Personen beteiligt war. Blümel und Genossen waren als Gütsagenten und Kartoffelkäufer in der Provinz umhergerast und hatten in den Wirtschaften ihre Zehngewinne empfindlich gerupft. Ihre Spielgewinne betragen an einem Abend oft 20000 bis 30000 Mark und mehr. Der Prozeß endete für Blümel mit einer längeren Gefängnisstrafe, die er aber noch nicht ganz verbüßt hat. Wegen des Kokaingeschäfts ist er jetzt wieder dem Richter vorgeführt worden. Einer seiner Mitläufer wird noch gesucht.

Festabend im Rentnerheim.

„Den einen Abend muß Mutter mal mit dem Hauschlüssel rausdrücken“ laut Parole des Wohlfaßsames Brenzlauer Berg, das seine männlichen Schützlinge zu einem Herrenabend nach dem Rentnerheim, Greifswalder Straße, eingeladen hatte. „Das ist so der offizielle Abschluß unserer Winterferien“ meinte der Leiter, „dann gibts im schönen Monat Mai eine Besserfahrt mit drei großen Dampfjahren. Leider kann immer nur ein verhältnismäßig kleiner Teil an diesen hübschen Veranstaltungen teilnehmen, denn allzugroß ist die Zahl der Bezirksarmen — 10000 laufend Unterjücker — und der Stadtkäse ist nicht groß genug, ihnen allen ein wenig Freude zu bereiten. 120 Gäste versammelten sich in den hübschen, freundlichen Räumen des Rentnerheimes, meist Kleinrentner, die bei Musik und lustigen Vorträgen nebst einem guten Abendbrot ein paar frohe Stunden verlebten. In der Küche herrscht Hochbetrieb unter der umsichtigen Leiterin, selbst schon eine betagte Dame von 71 Jahren, wachsen gigantische Stullenberge neben Würstchenpyramiden empor, am Kochherd brodelt der kräftige Kaffee, vorher gibt es natürlich, wie dies einem Herrenabend zukommt, erstmal Bier. Das Rentnerheim bietet auch sonst einen angenehmen Aufenthalt, wer Langeweile hat und gern ein par Menschen sehen will, der kommt, kriegt seinen Nachmittagskaffee und bald finden sich ein paar Partner zum Kartenspielen. Reibholz hören die weiblichen Hausbewohner, die im rückwärtigen Bohntrakt, sowie in den oberen Stockwerken je ein Zimmerchen als Untermieter der Stadt Berlin bewohnen, Musik und fröhliches Lachen, heute sind sie ausgeschlossen: nur für Herren! Dafür waren sie in der vorhergehenden Veranstaltung in erheblicher Majorität vertreten. Bis in den späten Abend sitzt alles fröhlich beisammen; das böhische Frohsinn und Geselligkeit tut ihnen nach all dem Herben, das ihr Leben ausfüllt, unendlich wohl.“

Mieterbesitzer! Heute abend, 20 Uhr, findet im Restaurant Spiegel, Aderstraße 1, eine Versammlung der Mieterbesitzer für den Bezirk Mitte statt. Referent: Genosse Rechtsanwalt Dr. Th. Thauer.

Der Sohn des Vizepräsidenten.

Neun Monate Gefängnis für einen kanadischen Schwindler.

Einem jungen Kanadier, dem Kapitängenieur F., war in seiner Heimat Schlimmes zugestoßen —, derart Schlimmes, daß eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung drohte. Wäre das einem Sohne wohlhabender Eltern in Europa passiert, der Papa hätte seinen Jungen wohl nach Amerika eingeschifft; da die Geschichte aber in Kanada spielte, geschah das Umgekehrte: Der Vater steckte seinem Sohn 1000 Dollar zu, verschah ihn mit einer Schiffstorte nach Europa, und riet ihm, auf den sowjetrussischen Ozean sein Heil zu versuchen.

Ueber Nacht veränderte sich nun der junge Tunichtgut in den „Sohn des Vizepräsidenten“ der Standard-Oil-Comp., der im Auftrag seiner Gesellschaft in Sowjetrußland Ozeanfelder erschließen sollte. Er nahm an den zahlreichen Bordvergünstigungen teil, freundete sich einem reichen Amerikaner und einer nicht minder reichen Amerikanerin an und verpielte in kurzer Zeit seine ganze Barschaft. Er lief Gefahr, in der Hafenstadt festzusetzen. War er aber nicht Sohn des Vizepräsidenten der Standard-Oil-Comp.? „O, Mister I.“, sagte er eines Tages zum reichen Amerikaner, „mit ist ein Malheur passiert. Ich habe mein Schachbuch verloren.“ „No matter“, meinte dieser, „ohne Bedeutung, hier, mein Schachbuch.“ Mister I. und Mrs. J. hatten in Berlin gute Freunde: den Redakteur eines großen Zeitungskonzerns und den Direktor einer D-Bank. Was macht unser Vizepräsidentensohn? Er teilt beiden telegraphisch mit, daß in den nächsten Tagen der Vizepräsidentensohn der Standard-Oil-Comp. Sowieso, ein prächtiger Kerl, einreisen würde, man möche ihm doch Zimmer in einem erstklassigen Hotel bestellen, und unterschreibt die Telegramme mit den Namen der Amerikaner.

F. trifft in Berlin ein, ohne einen Pfennig Geld,

aber mit dem Schachbuch des Amerikaners in der Tasche, und wird vom Redakteur und dem Bankdirektor mit offenen Armen empfangen. In einem Hotel unter den Linden sind für ihn Zimmer bestellt. Sie genügen ihm nicht; er bezieht mehrere Apartments im Edenhotel. Auf Schachs, die auf die Bank des Amerikaners ausgestellt sind, erhält er vom Direktor des Edenhotels 500 M., von einem bekannten Restaurateur 1100 M. Er sieht sich Berlin an und bestellt beim Schneider des Redakteurs einen Frack, fünf Anzüge, Oberhemden usw., läßt sich vom Juwelier Markgraf unter Berufung auf den Direktor der D-Bank als Bürgen einen Ring im Wert von 12000 M. auf Kredit geben, wähle auch eine Anzahl weiterer Juwelen. Die Juwelensirma schöpft aber Verdacht, holt Informationen ein, die ihr nicht genügen. F.'s Versuche, bei der D-Bank zu Geld zu gelangen, mißglücken, der Verdacht gegen ihn verdichtet sich. Als man ihn dingfest machen will, befindet er sich bereits im D-Zuge unterwegs nach Paris. In Krefeld wird er aus dem Zuge heraus verhaftet.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand gestern ein kräftiger Mann, ein richtiggehender Kanadier, wie man ihn von den Hockeyspielen im Eispalast her kennt, und gab mit Hilfe eines Dolmetschers seine sämtlichen Verfehlungen zu. Die Verhandlung gestaltete sich kurz und schmerzlos. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

Die schöne Ballade Seumes von dem Kanadier „Der Ozean überläßt die Hülflichkeit nicht kannte“, schließt mit der Apotheose „Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen“. Der kanadische Kapitängenieur F. war nicht in der Lage, das zu beweisen.

Hotel im Europahaus.

Das größte Geschäftshaus des Kontinents.

Am 4. Mai wird das Europahaus, das größte Geschäftshaus des Kontinents, eröffnet. Rund 450 Räume der 35000 Quadratmeter umfassenden Fläche werden von dem Städtischen Stadtbauamt bezogen. 30 auf das modernste ausgestattete Läden sind im Erdgeschoss untergebracht. Der übrige Teil des 55 Meter hohen Neubaus birgt riesige Sitzungssäle, Restaurationsbetriebe und ein Tageshotel, das mit Schwimmbad, Brausen, Schneiderei, Kesselfabrik, Bankfiliale und Postagentur allen Bedürfnissen der Reisenden entspricht.

Auf dem großen Dachgarten, von dem man einen einzigartigen Ausblick über Groß-Berlin hat, wird eine Tanzfläche angelegt. Eine Lichtkranzleuchte von 60 Meter Höhe und mit blauen Neon-Röhren von einem Kilometer Länge, die an der Vorderfront des Hauses emporsteigt, wird des Abends erstrahlen. Der imposante Marmoreingang wird von innen beleuchtet. Von den zahlreichen technischen Neuerungen sind noch erwähnenswert die modernen Belüftungsanlagen, die Expreslifts, die stündlich 3000 Personen auf- und abwärts befördern können, die 40 ebenfalls auf das neueste gearteten Garagen usw. Die gesamte Fassadenfront des Europahauses ist 800 Meter lang.

Der Bürobote wieder da!

Aber wo find die 20 000 Mark?

Seit Dienstag mittag wurde, wie berichtet, der 19 Jahre alte Bürobote Erich Hoffmann vermißt, der bei einer Firma in der Alexandrinenstraße angestellt ist. Er sollte 20 000 M. nach der Bank bringen, kehrte aber von diesem Gange nicht zurück. Der junge Mann hat sich aber in der Nacht bei der Polizei selbst gemeldet. Er gibt an, daß er das Geld in einer Ledertasche gehabt hatte, die ihm an einem Riemen über den Rücken hing. Als er vor der Bank vom Rade gestiegen sei und die Tasche noch vorn habe nehmen wollen, sei der Klappdeckel offen und das Geld verschwunden gewesen. Ob er es unterwegs verloren oder ob es ihm jemand gestohlen hat, kann er nicht sagen. Da er nicht magte, zur Firma zurückzugehen und den Verlust mitzuteilen, sei er den Tag über in der Stadt umhergeirrt und habe schließlich seinen Bruder aufgesucht. Dort erfuhr er, daß die Polizei bereits nach ihm gefragt habe. Nun hielt er es für das Beste, sich selbst zu stellen. Ob diese Darstellung zutrifft, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Studenten werben.

Wie schon früher, leitete auch in diesem Semester die Sozialistische Studentenschaft ihre wissenschaftliche und politische Arbeit durch Werbeabende ihrer Fachschaften ein. Die Veranstaltungen können als ein großer Erfolg angesehen werden.

Die Geschichtsvorbereitung unserer Studenten und ihre notwendigen Korrekturen gab dem Genossen Kawerau bei den Philosophen Gelegenheit, an dem unzulänglichen, bewußt entstellten Geschichtsbüchern der höheren Schulen scharfe Kritik zu üben. In einer langen Reihe von Beispielen wies er nach, wie durch Entstellungen, teilweise sogar durch glatte Fälschungen, in den Büchern eine Diktaturwärmererei geübt würde. Abfällige Bemerkungen über die Demokratien der alten Geschichte dienten reaktionären Geschichtslehrern dazu, die Jugend zu unüberlegten Urteilen über Volksstaat und Volksherrschaft hinzureißen. Der wahre Sinn der Geschichtsforschung sei jedoch, historische Vorgänge in ihrer unverfälschten Realität zu erkennen.

Bei den Juristen sprach Genosse Kurt Rosenfeld über die Strafrechtsreform. Das heutige Recht sei ein Klassenrecht. Das geltende Strafrecht stelle sich als besten Schutz der herrschenden Gesellschaftsordnung dar, weil es der Güterwelt im Gegensatz zum menschlichen Körper einen sehr weiten strafrechtlichen Schutz gewähre. Die schon längst fällige Strafrechtsreform

müsse endlich der alten Abstraktions- und Vergeltungstheorie ein Ende machen. Der Mensch, losgelöst von trügerischen Abstraktionen, stehe im Mittelpunkt eines neuen Rechts, das ein soziales Erziehungsrecht sein wolle. Die soziale Bedingtheit der meisten Delikte sei zu berücksichtigen. „Nicht Rache, sondern Erziehung; nicht Vergeltung, sondern Besserung.“ Die beste Kriminalpolitik sei letzten Endes eine umfassende Sozialpolitik.

In der Universität referierte Genosse Bissell vor zahlreichen Hörern der Sozialökonomischen Fachschaft über das Arbeitslosenproblem. Die Lebenskraft der Menschen, die arbeitswillig, aber rücksichtslos aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet seien, werde mehr und mehr zermürbt. Auf der einen Seite herrsche bitterste Not, auf der anderen Seite vernichte man wertvollste Rohstoffe und kostbare Lebensgüter, um den Preis zu halten. Alle solche Maßnahmen, ob Lohnkürzung oder andere, vermögen die wahre Fehlerquelle der herrschenden Unordnung nicht zu beseitigen. Die durch die Entwicklung der Technik bewirkte Steigerung der Produktion, für die kapitalistische Weltanschauung der Untergang, werde in einer planvoll geregelten Wirtschaft eine Steigerung der Lebensmöglichkeiten und des Lebensglückes der Menschen bedeuten.

Der Zoo berichtet.

Im Kaiseraal des Hauptrestaurants des Zoologischen Gartens verammelten sich die Zoo-Aktionäre, die von der Zoo-Verwaltung zur Entgegennahme des jährlichen Geschäftsberichtes geladen waren. Es sprachen im Namen des Aufsichtsrates Herr von Fritsch, im Namen des Vorstandes Prof. Dr. Heck und Direktor Ammon, außerdem meldeten sich zahlreiche Mitglieder zum Wort. Das vergangene Geschäftsjahr kann als relativ günstig bezeichnet werden, vor allem ermöglichte eine geschickte Kalkulation die Schaffung jener baulichen Neugestaltungen, die dem Garten als Lebenswürdigkeit unbedingt erhöhtes Besucherinteresse sichern. Der Bestand an Tiermaterial hat durch wohlgelungene Expeditionen und die damit geschaffenen guten Verbindungen starken Aufschwung genommen, ebenso sind günstige Zuchterfolge zu verzeichnen. Eine Reihe wertvoller Geschenke trug in dankenswerter Weise zur Bereicherung des Tierparkes bei. Das Wohlbefinden und die gute Entwicklung der beiden wertvollen Sorgenkinder, Nashorn und Gorilla, läßt nichts zu wünschen übrig, ebenso gedeiht das Paradiesstier der Menagerie, das Orangjunge, ganz prächtig. In wirtschaftlicher Beziehung ist man bestrebt, dem Publikum nach Möglichkeit durch Preisabbau entgegenzukommen, so ist eine Preisreduzierung von 20 bis 30 Proz. im Restaurationsbetrieb geplant. Den in der Verammlung vielfach geäußerten Wünschen wegen Herabsetzung der Eintrittspreise kann nicht entsprochen werden, da eine wesentliche Erhöhung der Besucherzahl, wie dies ein Verlust ermie, dadurch nicht erreicht wird; dagegen wurde der Preis der Jahreskarten für das Aquarium für Erwachsene auf 10 M., für Jugendliche auf 5 M. reduziert. Die gewünschte Verlängerung der Besuchszeit im Aquarium sowie auf den Kinderspielflächen scheitert an den bestehenden Tarifverträgen, die eine Ausdehnung der Arbeitszeit des Personals unmöglich macht.

Religiöse Matinee. Der Bund religiöser Sozialisten veranstaltet am Donnerstag dieser Woche, am Vorabend des 1. Mai, 20 Uhr, in der Philipp-Melander-Kirche in Neukölln, Kronenstraße 16/17, eine religiöse Matinee, die für jedermann zugänglich ist und in der der älteste sozialistische Geistliche Berlins, Genosse Pfarrer Franke, sprechen wird.

Die Volksfürsorge, Geschäftsstelle Berlin, bittet uns mitzuteilen, daß ihre Büros am 1. Mai geschlossen bleiben.

„See Barry“ — Robbing! Als Auftakt für die beginnende Frühjahrsaison des Wassersports veranstaltet die Reederei Robbing am Sonnabend, dem 2. Mai, unter Teilnahme von „See Barry“ mit ihren Luxusdampfern der Wintermärchen-Klasse die erste volkstümliche Frühjahrs-Nachtsfahrt mit großem Programm nach Grünau.

Macht Dein Leib Dir etwa Plage,
Kommt allein **Laxin** in Frage.

Partei-Veranstaltungen

am Freitag, dem 1. Mai 1931

Mitte. In den Gesamträumen des „Stoa“, Bauerstr. 82. Redner: Gottlieb Reife.

Ziergarten. Einlaß 14½ Uhr, Beginn 15 Uhr im Roobiter Schützenhaus, Pflanzsee. Redner: Paul Hennig.

Wedding. 15 Uhr, Wasserpartplatz, Freibad Pflanzsee. Redner: Bürgermeister Carl Leid. — Bei Regenwetter nur großer Saal der Hochschulbrauerei, Seestraße Ecke Amrumer Straße. Kaffeeöffnung 18½ Uhr, Beginn 19½ Uhr.

Prenzlauer Berg und Friedrichshagen. 16 Uhr, Gesamträume des Saalbau Friedrichshagen, Am Friedrichshagen 16/23.

Kreuzberg. Einlaß 15½ Uhr, Beginn 17 Uhr in den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Hofenheide. Redner: Hermann Harnisch, M. d. R.

Charlottenburg. Brauerei Spandauer Bod. Redner: Franz Künstler, M. d. R.

Spandau. 15 Uhr, Sportstadion Hakenfelde. Redner: Franz Künstler, M. d. R. — Vormittags 10 Uhr Kundgebung auf dem Rathausvorplatz. Redner: Karl Lütke, M. d. R.

Siemensstadt. 19 Uhr, Lokal „Zum Heidekrug“, Rennendammallee 89. Redner: Alex Seling.

Staaken. 18 Uhr, Sportplatz Köpcke. Redner: Alex Seling.

Wilmerdorf. 17 Uhr, Viktoriengarten, Bismarckstr. 114/115. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.

Zehlendorf. 19 Uhr, Lokal „Lindenpark“, Berliner Straße Ecke Gartenstraße.

Schöneberg. Schloßbrauerei, Hauptstraße 122/123. Redner: Franz Künstler, M. d. R.

Steglitz. 17 Uhr, Lichterfelder Festhalle, Lichterfelde, Zehlendorfer Straße 5.

Tempelhof. 14 Uhr, Parkrestaurant Südbende. — An Stelle des verhinderten Genossen Grimm spricht Dr. Heinrich Becker (vom Kultusministerium).

Wannsee. Vormittags 10 Uhr, Lokal Reichsadler, Königstraße. Redner: Karl Dressel.

Neukölln. Eröffnung 15½ Uhr, Beginn 17 Uhr, in den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Hofenheide. Redner: Hermann Harnisch, M. d. R.

Treptow. Paradiesgarten. Redner: Erich Kuttner, M. d. R.

Baumshulenteich. 16 Uhr, Altes Eierhäuschen (Bier). Redner: Max Fehner, M. d. R.

Adlershof, Johannisthal, Niederichowweide. Lokal Böttstein, Adlershof, Bismarckstraße 75/75. Saalöffnung 18 Uhr, Beginn 19 Uhr.

Oberschöneweide. Saalöffnung 17 Uhr, Beginn 18 Uhr im Lokal Blumengarten, Ostendstraße. Redner: Bürgermeister Julius Brunow.

Altglienicke, Falkenberg und Grünau. 17½ Uhr, Gemeinschaftshaus der Gartenstadt Falkenberg. Redner: Stadtrat Karl Bernuth.

Köpenick. 108 und 108a. Abt. Eröffnung 18½ Uhr, Beginn 19½ Uhr. In beiden Sälen des Stadttheaters, Friedrichstraße 6. Redner: Robert Breuer.

Wohnsdorf. Lokal Heimann, Waltersdorfer Straße 100. Redner: Karl Hilfenbrandt, M. d. R.

Friedrichshagen. Lokal Bellevue. Redner: Erich Ollenhauer.

Lichtenberg. 17. Kreis. 19 Uhr, Lokal Schöner, Stralau, Kynaststraße 19. Rednerin: Paula Kurgosh.

Friedrichsfelde. Lokal Tempel, Prinzenallee 45. Redner: Karl Dressel.

Kaulsdorf. 10½ Uhr, Turnhalle Kaulsdorf, Köpckestraße 25. Redner: Paul Heberg.

Kaulsdorf-Süd. 18 Uhr, Lokal Jägerheim, Jägerstraße 54/58. Redner: Gustav Fuhs.

Vicbsdorf-Süd. 20 Uhr, Lokal Burdhardt, Köpenicker Str. 165/167. Redner: Eduard Jachert, M. d. R.

Wahlsdorf. 19 Uhr, Lokal Anders, Bahnhofstraße 37. Rednerin: Marie Kunert, M. d. R.

Wahlsdorf-Süd. Lokal Hubertus, Köpenicker Allee 100. Redner: Stadtverordneter Ernst Krndt.

Weihensee. 19 Uhr, Stadthalle, Bistoriusstraße. Redner: Landtagspräsident Friedrich Bartels.

Pankow. 16 Uhr, Bürgerpark, Breite Straße. Redner: Otto Meier, M. d. R.

Blankenburg. Lokal Krug, Dorfstraße 2.

Reinickendorf-Ost. 17 Uhr, Schützenhaus, Residenzstraße 1.

Reinickendorf-West. Rühmpalast „Ma“, Scharnweberstraße Ecke Antonienstraße. Redner: Stadtverordneter Hermann Kempert.

Freie Scholle. 18 Uhr, Lokal Schöllentrag, Hermsdorfer Straße. Redner: Max Heydemann.

Tegel. 20 Uhr, Strandloshof (Einlaß 19 Uhr). Bei schönem Wetter nachmittags Kaffeeladen im Garten.

Tegelort. Lokal „Zum Schwan“, Scharfenbergstraße. Redner: Kurt Kehmman.

Wittenau. 19½ Uhr, bei Heese, Berliner Str. 73 (am Krenmeyer Bahnhof). Redner Stadtverordnetervorsteher Johannes Haß.

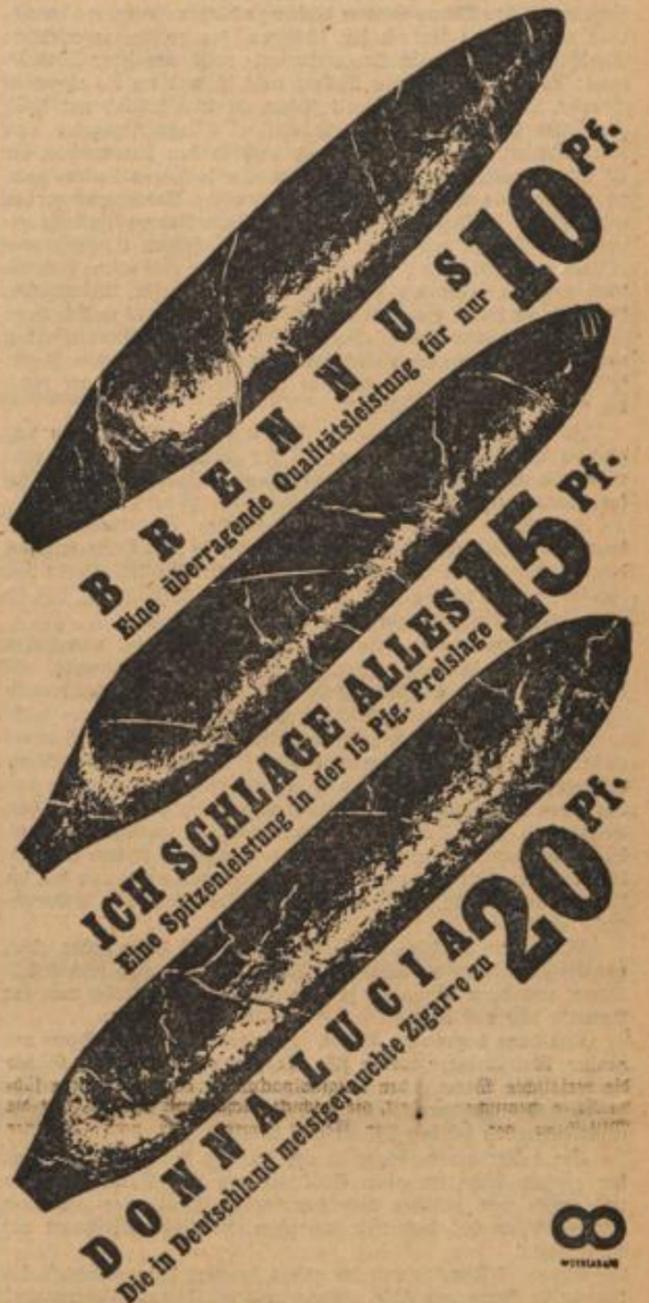
Rosenthal. Lokal Paulinenhof, Hauptstraße 1. Redner: Max Heydemann.

Hermisdorf, Waidmannslust, Glienicke. 16 Uhr, Lokal Bath, Glienicke, Bismarckstraße 5/7. Redner: Otto Lott.

Sozialistische Studentenschaft, Ortsgruppe Berlin. Beteiligung an der Demonstration am 1. Mai der Gewerkschaften und Partei. Erscheinen ist Pflicht. Treffpunkt für alle Sektionen 9 Uhr Franz-Josef-Platz, Unter den Linden.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Die Mitglieder der A.S.D. demonstrieren am 1. Mai mit dem A.D.V. Treffpunkt Bethanienufer.

Deutschlands größte Zigarrenfabrik empfiehlt: **immer noch zu alten Preisen**



Sport.

Rennen zu Grunewald am Mittwoch, dem 28. April.

1. Rennen: 1. Sporn (Präsident), 2. Seelörge, 3. Patti. Toto: 30:10. Platz: 23, 41, 30:10. Ferner liefen: Nix, Le Roux, Ruckpfeifer, Wilschmann, Karstenländer, Reibmehl, Kurellan, Fribole, Markgraf.

2. Rennen: 1. Sergius (Karr), 2. Reichstag, 3. Amöndemarte. Toto: 21:10. Platz: 12, 13, 14:10. Ferner liefen: Jasandenne, Altalus, Altonabel (Bl. R.), Modberg (Bl. R.), Kart.

3. Rennen: 1. Berenic (Sauerland), 2. Oriolus, 3. Gemio. Toto: 143:10. Platz: 20, 14, 31:10. Ferner liefen: Festerfunte, Frohwall, Alrog, Adee, Mandelblüte.

4. Rennen: 1. Tantis (Saffir), 2. Bränder, 3. Volumius. Toto: 138:10. Platz: 19, 14, 12:10. Ferner liefen: Wilfried, Eterned, Walgertraum, Normanne, Kabelleon.

5. Rennen: 1. Honcius (Eugenin), 2. Chinajener, 3. Dominikaner. Toto: 61:10. Platz: 14, 14, 12:10. Ferner liefen: Immerfort, Pflast, Seiffago, Reichendach.

6. Rennen: 1. Nikitiff (Graf), 2. Bianter Hans, 3. Ute. Toto: 38:10. Platz: 16, 15, 18:10. Ferner liefen: Adebart, Gellweherin, Gelschäftstreu, Aquilon III.

7. Rennen: 1. Leonatus (Fehner), 2. Motan, 3. Arrigogen, 4. Pandur. Toto: 40:10. Platz: 19, 21, 26:10. Ferner liefen: Soto Sudur, Busfad, Erich, Kamerad, Hochwald, Reimeister, Donatello, Rauf, Romas.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin C 14, Sebastianstr. 57-58. Tel. 2. Et. Gauverstand. Am 1. Mai wird die Geschäftsstelle geschlossen. Ruberrüge, Donnerstag, 28. April, 19 Uhr, Vortragsabend, Reichsbanner, Trainingsbeginn. — **Wilmerdorf (Vortragsabend).** Der historische Ortsvereinsabend, Kamerad Robert Müller, ist am 27. April unverändert verschoben. Erre letztem Abend, Vortragsabend Sonntag, 2. Mai, 12½ Uhr, im Arminatorium Wilmerdorf, Berliner Straße. — **Bernau, Sonnabend, 2. Mai, 9 Uhr,** wichtige Versammlung im Vereinslokal. Redner: Kamerad Major Hauff. — **Kreis VIII, Abt. Bernau.** Die Ortsvereinsabend, Sonntag, 2. Mai, 9 Uhr, im Arminatorium Wilmerdorf, Berliner Straße. Die Ortsvereinsabend, Sonntag, 2. Mai, 9 Uhr, an der Versammlung in Bernau teil. — **Kreuzberg.** Beerdigung des verstorbenen Kameraden D's Wollst am Sonnabend, dem 2. Mai, 11½ Uhr, in Baumshulenteich, Alsholstraße. Alle dienstfreien Kameraden werden ersucht, in Bundeskleidung zu erscheinen.

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.
Geschäftsstelle: R. 24, St. Hamburger Str. 20. Tel.: D 1 Norden 2046. Abteilung Kaulsdorf, am 30. April, 19½ Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung in der Schule Adlitzstraße. — **Abteilungen Adlershof, Köpenick, Wohnsdorf, 4. Mai, 19½ Uhr,** Lokal Stina, Schwanenbühl, Eitelstr. 3, Geschäftsbesprechung über Ballkugeln. Rednerin: Herr Dr. Hilff, Gäste willkommen.

Arbeiter-Abstinenz-Bund, Ortsgruppe Berlin, Bezirk Schillerpark. Donnerstag, 30. April, 20 Uhr, in der alldolchfreien Schütte, Waldsiedlerstr. 28, Referent Genosse Dr. Wenzel über: „Abstinenz, eine sozialistische Forderung“. — **Bezirk Prenzlauer Berg.** Am 1. Mai um 19 Uhr veranstalten wir in dem Cafe Burgfrieden, Fasanstr. 24, eine Waifester verbunden mit Preisfragen und anderen Darbietungen. Gäste willkommen.

Deutscher Friedensbund. Donnerstag, 30. April, 20 Uhr, im Restaurant „Sonderhof“, Belle-Alliance-Platz 8. Herr Dr. Ludwig Dudenheimer spricht über: „Coudenhove-Clercq's Buch: Feld oder Heiliger?“. Gäste willkommen.

Jubiläum bei Karstadt.

Schon am frühen Morgen belagerte, trotz strömenden Regens, eine zahlreiche Menschenmenge, das Karstadt-Haus am Hermannplatz. Vor dem Hause hielten eine ganze Reihe Droschken, festlich geschmückt mit den mecklenburgischen Landesfarben, die Mecklenburger in ihrer Landesstracht zu einer Spazierfahrt durch das regennasse Berlin abholten. Im großen Lichtloft des Hauses war das Bismarck-Stammhaus aufgebaut, ein kleines Manufakturwarenlädchen mit einem winzigen Schaufenster, in dem es Leinen, Baumwolle, Hemdentücher, Nähgarn, alles getreu der Zeit von 1881, zu sehen gibt. Im Laden selbst macht Carl Oppermann, ein freundlicher, rotwangiger alterer Herr, der erste Angestellte des Hauses Karstadt, die Hommurs; mit wahrer Engelsgeduld beantwortet er die an ihn gestellten zahlreichen, sich immer wiederholenden Fragen, läßt sich bestaunen, ob er denn auch wirklich von Fleisch und Blut; in der Bücherabteilung ist eine interessante Ausstellung „die 50 schönsten Bücher des Jahres 1930“, ausgewählt vom Preisrichteramt der Deutschen Buchkunststiftung, zu sehen, verbunden mit einer Schau über den Werdenang des Papierses und die Buchdruckgewerbes. Auf dem Dachgarten verkünden schmetternde Fanfarenmärsche und Bläserfoll, daß heute „was besonderes los ist“.

Über 5000 Arbeiter und Angestellte schaffen gemeinsam für den Raucher, der etwas besonderes verlangt! — Wir bieten es in der L & W-Qualität!

LOESER & WOLFF

12.⁵⁰ 14.⁵⁰ 16.⁵⁰ sind die Hauptpreislagen

Mercedes-Schuhe

Friedrichstr. 01
Kurfürstendamm 230

Potsdamer Straße 55
Leipziger Str. 77 (am Dönhoffplatz)

Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 54 a
Steglitz, Schloßstr. 100

Karl Müller:

Bei der „New York Times“

Wissen Sie, was ein „counterman“ ist? Sicher nicht. Aber die „New York Times“ kennen Sie, es ist die angesehenste und bedeutendste Zeitung in New York, und der „counterman“ steht im Keller des riesigen Verwaltungsgebäudes am Büfett des kleinen, rauchigen Lunchrooms für die Arbeiter und gibt Kaffee und Speisen aus.

Ich hatte mir bei meiner Ankunft in Manhattan als armer, verlampfter Tramp nicht träumen lassen, einst in die vielstöckigen Paläste um den Times Square blicken zu dürfen. Hier, wo Broadway und siebente Avenue sich schneiden, der größte, unterirdische Bahnhof der Welt täglich hunderttausende verschluckt, jeder Quadratmeter Boden Millionen von Dollars wert ist, und wo die eleganten Theater, Nachtclubs und Hotels stehen, da ist eigentlich nur Platz für solide Geschäftsleute, Nachtbummler, Alkoholschmuggler und Berufsspieler. Aber dann war ich doch in den Marmorbau der 42. Straße gekommen: Mit den letzten paar lumpigen Dollars hatte ich mir so viele Arbeitslose in der schlimmsten Bedrängnis zu den gemerblichen Stellenagenturen in der sechsten Avenue Zuspruch genommen. Immer wieder rannte ich die bröckeligen Häuserfronten entlang und betrachtete die wenigen Schilder, die eine offene Arbeitsstelle angaben. Immer wieder hieß es: Geschirrspüler, Autowäscher, Pförtner, 12 bis 14 Stunden Arbeitszeit und 10 bis 18 Dollar Lohn die Woche. Und selbst diese Gelegenheiten waren am Morgen schnell vergriffen, wenn sich der Strom der Heimat- und Schuljungen: Neger, frisch Eingewanderte und ein paar verkommene Amerikaner durch die schmutzige Straße wälzte.

Zufällig las ich dann eines Nachmittags: „Counterman von großem Verlagunternehmen gesucht für Kontinente. Neun Stunden ruhige Nachtarbeit, 22 Dollar die Woche. Nur für gut englisch sprechenden, gefunden, weißen Mann.“

Ich bildete mir alle diese Eigenschaften ein, bezahlte dem knurrenden Boss die hohe Vermittlungsgebühr und stellte mich bei dem Personalchef in der Küchenabteilung vor. Nach Papieren und Zeugnissen wird nicht gefragt, es genügt meine Bestätigung, daß ich schon früher die verlangte Tätigkeit ausgeübt habe.

„Allerdings müssen Sie sich erst vom Hausarzt untersuchen lassen und sich dann in unserer Personalabteilung eintragen. In drei Tagen können Sie dann anfangen“, antwortet mir der freundlich lächelnde Mann auf meine Frage.

Der Arzt fand nach den vielen Wochen des strengen Umherstreifens in der Prarie keine Bedenken an meiner Gesundheit, und die fühlige Stenotypistin im obersten Stockwerk des Hochhauses überließ mir nur einen Niefenfragebogen, den ich auszufüllen hatte, da sämtliche Angestellten der „Times“ von der Gesellschaft versichert werden. Außerdem wurde mir noch ein Büchlein übergeben, in dem ein Loblied über die Einrichtungen der Firma gesungen wird, und das die Anforderung enthält, in die verschiedenen Sportclubs und Bildungszweige einzutreten.

Wir waren all diese Umstände ärgersüchtig, ich hätte lieber gleich angefangen. Aber die kurze Zeit konnte ich mich auch noch durchhalten, und dann besam ich ja eine relativ sichere Stelle, was für Amerika sehr viel wert ist.

Und dann begann die Arbeit. In einem besonderen Raum mit großen Metallpinden stehen sich alle um, vom schwarzen Diakon bis zum alten italienischen Küchenchef. Ich schlüpe in eine viel zu große, weiße Kochgarnitur und komme in den kleinen Erfrischungssaum tief unten bei den Seßern und Drückern.

Um 9 Uhr abends fange ich an, hole die fertigen Speisen aus der großen Küche im ersten Stockwerk mit dem Aufzug herunter und warte nun zwischen dem dampfenden Büfett, der zischenden Kaffeemaschine und dem leise surrenden elektrischen Eisschrank auf Kundschafft.

Gegen 10 Uhr kommen die ersten langsam herangeschlürft, die meisten in Hemd und Hose, manche auch im Overall (Leberanzug), doch alle sind voller Druckerwärme: an den Händen, im Gesicht, überall. Milch und Kaffee, Fleisch- oder Wurstbraten werden verlangt, einige essen auch jetzt schon die selbst im Winter unentbehrliche Eiscreme. Dann, in einer Stunde, kommt der erste große Ansturm. Zunächst wieder die Drucker in großen Scharen, die mit der ersten Ausgabe fertig sind, und wenig später kommen auch schon die Packer, das heißt, die erste Auflage ist bereits unterwegs. Ich kann gar nicht schnell genug Bier und Schinken backen, die Portionen fertige Essen ausgeben und alle möglichen Sonderwünsche erfüllen. Trotzdem wir jetzt zu zweit sind, wartet schon eine lange Reihe, und nicht gerade fromme Anekdoten prasseln auf uns nieder.

Ich war zunächst entsetzt über dieses Benehmen, auch wie sie ihre Portionen kaum gefaßt herunterzuschlucken und wieder raus rennen, später aber habe ich diese Hast und Unruhe verstanden. Alle im Zeitungsbetriebe beschäftigten Berufe sind in Amerika sehr gut organisiert. Selbst die Ungelernten, die Packer, erhalten hohe Spitzenlöhne, und die Drucker und Seher gar zählen zu den bestbezahlten Arbeiterschichten.

Nun ist aber die amerikanische Zeitung noch viel stärker auf Aktualität, Sensation und Tempo eingestellt als unsere deutschen Blätter. In jeder der neuen Auflagen, die in kurzen Abständen hintereinander folgen, müssen noch die letzten Nachrichten hereingebracht werden, und dann muß sie mit Auto, Cypresszug und Flugzeug hinaus in die Öffentlichkeit.

Für den hohen Gewerkschaftslohn verlangt der Unternehmer eine entsprechende Arbeitsleistung, und so bleibt meist kaum Zeit zum Essen, viel weniger zum Ausruhen. Oft genug holte der Vormann seine Leute wieder heraus, wenn sie sich gerade zum Essen hingelagert hatten. Es wurde dann zwar auch gemurrt, aber dagegen aufgehört hat sich niemand. Am schlimmsten ist es Freitags und Sonntags, wenn die riesige Sonntagsausgabe fertig gemacht wird, die oft mehrere hundert Seiten stark ist. Dabei zeigte sich aber auch wieder die Macht der Gewerkschaften: zu den Sondereinstellungen am Sonnabend meldeten sich bei der großen Arbeitslosigkeit immer eine Menge Anwärter. Der Vormann wählte daraus beliebig, soviel er brauchte. Besor sie aber anfangen konnten, mußten sie ihre Gewerkschaftskarte vorzeigen.

Außerdem gibt es zum Wochenende Dauerüberstunden. Ich habe viele gesprochen, die dann dreimal hintereinander acht Stunden arbeiteten und dazwischen immer nur irgendwo im Betrieb vier Stunden auf einer Holzbank schliefen. Das war dann ihre ganze Arbeitsleistung für die Woche, denn in der ersten Hälfte werden nur die dauernd Angestellten beschäftigt. Die Leute waren dann noch besonders stolz auf ihre Leistung und zeigten ihren Scheiß, der für die 24 Stunden Arbeitszeit oft bis zu 40 Dollar ausmachte. „Da kannst du lernen, wie man Dollars macht“, sagten sie dann zu mir. Gegen diese fast unüberwindliche Einstellung der Arbeiterschaft wird ein kommender Sozialismus in Amerika am stärksten zu kämpfen haben. Diese durch ihre Gewerkschaftszugehörigkeit bevorzugten Arbeiter sind überhaupt alles anders, als sozial eingestellt. Sie wissen ihre Monopolstellung zu schätzen und zahlen

dafür gerne ihre hohen Beiträge. Aber sonst dreht sich ihr Interesse viel mehr um das eigene Häuschen, die Westlandfahrt mit dem kleinen Ford-Auto des Mittelständlers und um die Frage, wer im letzten Boxkampf gesiegt hat. Viel weiter geht ihr geistiger Horizont außer den beruflichen Kenntnissen nicht. Die Ansichten, die dort über Deutschland und Europa vorhanden waren, hätte auch ein Australneger haben können. Die Aussichten Schmelings und die Einzelheiten des Zeppelinfluges waren so ziemlich das einzige, worüber sie Bescheid wußten.

Nach zwei Uhr nachts geht der Betrieb langsamer. Die Schicht ist geschlagen. Die Maschinen ruhen bis zum Morgen, das laufende Transportband im Packerfaal ist abgestellt, und nur noch einige Leute, die aufräumen, huschen herum.

eike: Im Frachtschiff zum Bosphorus

Schwer behackte Männer, schweißtriessend, halbnaakt, auf deren Schultern sich immer neue Lasten aufschichteten, verstauben das Getreide, das rumänische Bauern auf den weiten Feldern ihrer Heimat geerntet haben. Unablässig rattert die Dampfwinde, unablässig heben und senken sich die schweren Vadebalken. Spielend schweben die Säcke empor, senken sich in die Luke über dem Laderaum und werden hier von Packern und Stauern ergriffen und kunstgerecht verstaute. Denn das Beladen des Schiffes ist wirklich eine Kunst. Eine schlechte Ladung, die sich bei heftigem Sturm verschiebt, hat schon manches brave Schiff zum Kienern gebracht. Sorgfältig wird die Arbeit überwacht. Endlich ist der letzte Sack verstaute, die Vadeluken schließen sich, und die Hydranten werden angelegt, die mit diesen Wasserströmen das Deck überfluten und den Schmutz beseitigen, den die Vadearbeit verursacht. Dann löst sich der Dampfer vom Kai, die kleinen Dampfwinden arbeiten und ziehen das Schiff vom Lande ab, bis es freie Fahrt gewinnt und die Maschine die Schraube zu drehen beginnt.

Immer ferner rückt der Hafen von Konstanta. Leise senkt sich Nacht auf Meer und Schiff. Durch den raschen Zug der Wolken tritt blendend der Mond und zieht einen schimmernden Streifen über das dunkle Wasser, wie eine Geisterbrücke, die in der Unendlichkeit verschwindet. Die ganze Nacht tönt das einschläfernde Stampfen der Schiffsmaschinen und das leise Plätschern der Wellen. In tiefem Dunkel liegt das Deck. Nur oben auf der Kommandobrücke spähen scharfe Augen in die Nacht hinaus und verfolgen jedes Feuer, das die gefährliche Röhre der Rüste anzeigt, und unten im Maschinenraum wachen Ingenieur, Maschinisten und Heizer in brütender, atemraubender Hitze über den Druck im Kessel, das Schwingen der Maschine.

Morgens laufen wir in den Hafen von Varna am Schwarzen Meer ein. Die Hafenbehörde kommt an Bord, prüft die Papiere. Wer an Land gehen will, muß seinen Paß dem wachhabenden bulgarischen Soldaten abgeben. Ein herrlicher moderner Badestrand, ein gepflegter Seepark, breite Straßen, geräumige Plätze — das ist das Varna der Gegenwart. Aber in den Nebenstraßen lebt das Alte weiter. Kleine Hütten, schlechte Häuser, aus deren Fenstern buntgekleidete Frauen sehen, holprige oder ungepflegte Gassen, in deren Mäxchen die Karren der Ochsen- und Eselreiter fast versinken, Zigeunerrinnen, Türken in langen wolten Hosen und der unermüdlichen wulstigen Selbstbände. Wo stehen bereitwillig, lachend dem Fremden Modell, wenn das Skizzenbuch herausgezogen wird. Ja, es kommt sogar vor, daß in einem der ärmsten Viertel aus einer der ärmlichsten Straßen Stühle herausgetragen und auf die Straße gestellt werden, daß ein freundlicher Bauer oder ein Schantwirt, der an der Tür seiner Kneipe steht, mit leisem Wort die Kinder entfernt, die sich um den fremden Zeichner scharen. Hier findet man mehr Takt und Feingefühl als in mancher europäischen Großstadt.

Weiterfahrt im Sturm über das Schwarze Meer. Undurchdringliche Finsternis. Donnernd schlagen die Wellen über Bord. Dann prasselt Regen auf Deck und vermischt sich mit dem Salzwasser des Meeres. Erst gegen Morgen ebbt der Sturm ab. In der Ferne tauchen Felsen auf. Eine schmale Meerenge ist in Sicht: der Bosphorus. Noch ein letztes Mal brüllt das Schwarze Meer auf,

Jetzt finde auch ich Zeit, mal in die fertige letzte Ausgabe zu schauen. Auf der ersten Seite stehen die neuen Meldungen mit diesen Überschriften, ohne jede Anordnung, bunt durcheinander gewürfelt. Um recht viel auf die Titelseite zu bringen und den Leser zu zwingen, auch die späteren, mit Annoncen gefüllten Seiten zu lesen, steht die Fortsetzung auf Seite 12, 26 oder 30. Ein ganz abschüssiger Zustand, der einem Europäer das Zeitunglesen gründlich verderben kann. Der Rest ist dann gefüllt mit Sportnachrichten, Neuigkeiten aus der „society“, der hohen Gesellschaft New Yorks, Aktienturken und Reklame. Die politischen Artikel der Redaktion, die irgendwo weit hinten erscheinen, liest kaum jemand.

Wenn ich dann unter der Rubrik „Foreign Affairs“ mir die spärlichen Nachrichten aus Deutschland zusammensuche und ganz vertieft war, tönte die tiefe Stimme eines Regers, der noch mit Saubermachen beschäftigt war: „Hallo boy, ich will was zu essen. Apfeltorte mit Eiscreme. Was brauchst du Kerl eigentlich Zeitung zu lesen.“

Und so verging Tag für Tag, von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh, für 22 Dollar die Woche, gerade genug zum Leben.

Dann gleitet das Schiff an alten genuinischen Kastellen und Leuchttürmen vorüber in den Bosphorus ein. Hüder von grandioser Wildheit. Unzugängliche Felsen und wie aus ihnen herausgewachsen, Festung auf Festung. Seit Jahrtausenden wird hier Weltgeschichte erkämpft. Ruinen, Treppen, die durch blühende Gärten zu weißen Palästen führen, Schlösser, Dörfer, dazwischen der kahle, gelbbraune Fels, manchmal überfäd durch eine Blütenpracht von Rosen, Granaten, Oleander. Das Reich von Tausendundvierer Nacht hat begonnen, Konstantinopel ist erreicht.

Hochauf streben die schlanken Minarets der auf den Hügeln am Goldenen Horn erbauten Moscheen. Der erste Eindruck der Stadt ist bezaubernd, ist märchenhaft schön. Dann aber kommt auch hier der Alltag. Er beginnt mit den Anpreisungen der Führer und Hotelportiers, die auf kleinen Barken das Schiff umdrängen, und er setzt sich fort in den engen Gassen des Hofenviertels von Galata. Welch ein Armen und Schreien, welch ein Hasten und Jagen, welch ein Durcheinander von Menschen, Tieren, Fahrzeugen aller Art auf der Brücke, die von Galata, über das Goldene Horn hinweg, nach der alten Türkenstadt Istanbul führt. Man glaubt in einer europäischen Großstadt zu sein — aber der orientalische Einschlag ist immer wieder vorherrschend. In den engen Gassen Stambuls wohnt das Volk heute noch wie einst. Viele Fenster der alten Häuser zeigen das Gitter, hinter dem der Harem, das Reich der türkischen Frau, lag. Die moderne Türkin hat den Schleier abgelegt, der sie früher auf der Straße kennzeichnete, und sie gleicht in ihrer Kleidung der Westeuropäerin. Nur das kunstvoll um den Kopf geschlungene Seidentuch, das sie an Stelle eines Hutes trägt, erinnert noch an die Vergangenheit.

Seidem Kemal Pascha die lateinischen Buchstaben an Stelle der türkischen eingeführt hat, ist auch die Schreibmaschine hier eingezogen. Auf den Straßen sitzen berufsmäßige Schreiber und lassen ihre kleinen Maschinen lustig klappern, sobald ihnen jemand ein Schriftstück diktiert. Neben den Schreibern bieten Händler ihre Waren feil, und über diesem bunten Leben und Treiben, über Geschrei, Klappern, Rufen und Winken leuchtet die goldene Kuppel der wunderfamilton Moschee Konstantinopels, der Ura Sophia. In ihrem Innern, dessen einziger Schmuck die farbigen Teppiche sind, die den Boden bedecken, knien die Gläubigen, das Gesicht nach Mekka, der heiligen Stadt der Mohammedaner, gewendet und verrichten ihre Gebetsübungen.

Monate, vielleicht sogar Jahre müßte man zur Verfügung haben, um diese Stadt wirklich kennenzulernen. Aber das Frachtschiff hat neue Ladung an Bord genommen, siederhaft arbeitet die Mannschaft, um noch am späten Abend den Hafen verlassen zu können. Die Abendsonne breitet ihren letzten Glanz über Konstantinopel, langsam umfängt Dunkelheit den Fuß der Hügel. Nur das Gold der Moscheen leuchtet noch weit über den Bosphorus hinaus, und die trostigen Mauern des Serai, des ehemaligen Sultanpalastes, blicken finster hinüber nach der kleinasiatischen Küste. Unzählige Lidier stammen auf, lassen alle Kanuren zerfließen ins Schattenhafte. Am wolkenlosen Himmel blinkt Stern auf Stern, und als das Schiff langsam aus der Neede von Galata hinausgleitet, da scheint es, als ob hinter ihm ein funkelndes, strahlendes Lichtmeer, eine Märchenstadt, in geheimnisvollem Dunkel versinke.

Gerland: Zwischen Fortsetzungen

Jede Woche, an einem bestimmten Vormittag, wird die neue Lesemappe gebracht. Es sind Zeitschriften darin, illustrierte und bunte Blätter. Das ist eine Lesemappe, wie sie in vielen Friseurateliers, in den Wartezimmern vielbeschäftigter Metzger, in Kaffeehäusern und Konditoreien ausliegt.

Aber hier in dieser kleinen dumpfigen Konditorei, die in der abgelegenen, abseitigen, staubüberladenen Straße liegt, in dieser Konditorei mit ihren zerstückelten Plüschsofas, den getittenen Marmortischen, den billigen Venach-Druckern über der schadhafsten Tapete und der gelben, trübseligen Beleuchtung, hier gewinnt die Lesemappe eine tiefere Bedeutung, als die der Zerstreuung, der Unterhaltung. . .

Es gibt in dieser Wappe, die unter den Händen der Stammgäste zu einem seltsamen Leben erwacht, keine modernen Zeitschriften, keine Magazine oder Neuen. „Wir brauchen Zeitschriften, in denen möglichst viele Fortsetzungsromane enthalten sind“, erklärt das ältliche Servierfräulein auf meine Frage. Ja, Fortsetzungsromane! Darum ist die entlegene, altmodische Konditorei stets so gut besucht von einem panoptikalischem Publikum. . .

Uraut sind die feinen Damen mit den Rüschen und Fransen und Fischbeinhalsbändern, mit den kleinen, zerknitterten Gesichtern, sehr unecht wirkt die korrekte, steife Haltung, der elastisch-wippende Gang der Herren mit den marxialischen Bärten, und die neckischen Konversationen der Stirnbänder der angekauerten Mädchen mit den blutleeren Lippen sind von einer fast unheimlichen Bizarrerie.

Das sind die Gäste der kleinen Konditorei, die da vor ihren längst geleerten Tassen und Tellern sitzen und unter allerlei unlagbar vornehmlichem Höflichkeitsspiel die Zeitschriften austauschen und eine Romanfortsetzung nach der anderen lesen.

Man glaubt an ihren edigen Bewegungen und zierlichen Trippelschritten, am Umblickern der Seiten und an den raschen Blicken, die der Uhr gelten, zu spüren, wie diese Menschen, vom vergangenen Jahrhundert übriggeblieben, hier auf der Straße liegen und den Anblick an unsere Zeit, an die Zeit des Tempos, der Hast, an die kalte, graulame, herzlose Gegenwart nicht finden. . .

Das da draußen, das Leben in den muffigen, plüschernen, nippesüberfüllten Stuben, das Quillieren der Rentenzüge, diese

gelegentlichen, deprimierenden Nebenbedienste und diese Besuche bei Verwandten, die von Not und Entbehrung nichts merken sollen und wollen, die Kümmernisse des Alltags, das alles verfinstert in den Stunden, da diese alten Leuten und diese nie jung gewordenen jungen Mädchen ihr Doppelleben über den Fortsetzungsromanen führen.

Hier bei den Abenteurern, Diebes-, Familien- und Burfschenherrlichkeitsromanen erleben sie die Gegenwart, die neue Zeit, das Tempo, hier erleben sie stappweise, jede Woche neu, erhebende Schicksale, sie, deren Leben in immer demselben Geleis gefahren ist. . .

Zumeilen verirrt sich ein Liebesspaar in die kleine abseitige Konditorei, ein Herr im Autodress, der nur einen Kognat hinunterstürzt oder ein angegrichtenes Mädchen, das seinem Mund ein entgegenkommendes Lächeln aufgeschminkt hat. Sie alle aber werden von der Atmosphäre befreit und gehen bald wieder. . .

Denn hier kennt jeder jeden. Mit Namen, Titeln, Orden und Ehrenzeichen. Hier weiß jeder um das farblose, eintönige, stilllose Leben des anderen, kennt seine Kümmernisse, seine Sorgen, sein Schicksal. Hier werden fremde, gestaltete, verborgene, frisierte, erfonnene und nachempfundene Schicksale erlebt.

Wie alt werden die Bäume?

Alle Bäume ohne Ausnahme können ein Alter erreichen, dem gegenüber das Alter des Menschen fast klein erscheint. Die Ulme z. B. bringt es durchschnittlich auf 300 Jahre, die Eiche auf 170, die Birke auf 200, die Espe auf 210, die Buche auf 245, die Lärche auf 370, die Silberanne auf 425, die Kiefer sogar auf 700 Jahre. Unsere gute deutsche Eiche wird von den Bauhägern am ältesten, nämlich etwa 500 Jahre. Sie steht zwar manchmal noch einige Jahrhunderte länger, aber mit 300 Jahren beginnt gewöhnlich das Herz zu faulen, und der Baum franzt von da an mehr und mehr.

Die Wamiken, eine religiöse Sekte, die die völlige Nudtheit propagiert und pflegt, haben ihre Vorläufer schon im zweiten und dritten Jahrhundert, damals gab es in Nordfrankreich eine gnostische Sekte dieses Namens, deren Anhänger sich nackt verjammelten. Im 15. Jahrhundert fanden sie dann besonders in Böhmen weite Verbreitung, mo ein Bauer, namens Niklas, sie begründete. Dort zirkulierten sich die Sektler dadurch aus, daß sie den Kommunismus einführten und die Frauen als Allgemainsgut erklärten. Sie setzten sich auf einer kleinen Insel im Fluße Uschnitz fest und bildeten hier ihren Sonderstaat, bis Jiska die Insel eroberte und viele Mitglieder dieses seltsamen Gemeinwesens tötete.

Reichsbank unter dem neuen Plan.

Wirtschaft und Reparationen.

Das Jahr 1930 hat für die Deutsche Reichsbank die Beseitigung der Auslandskontrolle, eine effektive Kapitalerhöhung von 122 auf 150 Millionen und die Erhöhung des Reichsanteils am Reichsbankgewinn gebracht. Die Wirtschaftskrise mußte sich in den Geschäften der Reichsbank am deutlichsten abzeichnen. Gegenüber den vergangenen Konjunkturjahren mußten die sinkenden Zinssätze und der verringerte Geschäftsumfang ein Minimum an Einnahmen bringen. Das vergangene Jahr brachte zugleich, entscheidend beeinflusst durch die Reichstagswahlen vom 14. September, ein Maximum an währungs- und kreditpolitischen Sorgen. Das erste Reichsbankjahr unter der Führung Luthers war deshalb alles weniger als leicht. Um so erfreulicher ist es, daß ihr neuer Präsident eine gute Figur gemacht hat. Er hat den ihm von der Öffentlichkeit gerade wegen der schlechten Erfahrungen mit Dr. Schacht bereitwillig eingeräumten politischen Kredit nicht mißbraucht. Daraus ergibt sich, daß man auch ohne ewiges Randalieren und ohne unangemessene Selbstüberhöhung ein einflußreicher Mann sein kann. Deutschland hat davon sicher nur Gewinn geholt.

In der Geschäftsentwicklung gibt die Reichsbank ein deutliches Spiegelbild der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.

Die Rückgänge auf fast allen Geschäftsgebieten der Reichsbank kennzeichnen das Jahr 1930 als erstes echtes Jahr einer neuen Krisenperiode. Die Gesamtumsätze betrugen nur 862 gegen 911 Milliarden im Vorjahre. Es wurden nur für 17,4 Milliarden Inlandswechsel und Schecks angekauft gegen 22,8 Milliarden im Jahre 1929. Die Durchschnittsgröße der Schecks ist leicht von 684 auf 695 M. gestiegen, die Durchschnittsgröße der angekauften Inlandswechsel ist von 1694 auf 1518 M. gesunken. Die Sicherheit der Reichsbankwechsel, die ja freilich sehr geliebt sind, hat sich nur geringfügig verschlechtert. Der Stückzahl nach wurden 4,16 Proz. (3,87 im Vorjahr), dem Betrage nach 0,83 Proz. (0,78 im Vorjahr) der Gesamtsumme nicht oder nur teilweise eingelöst. Der Reichsbankzins ist 1930 erheblich, durch die Wahlen vom 14. September freilich weniger gefallen als es der konjunkturellen Freifreiheit von Geldern entsprechen hätte. Der durchschnittliche Wechselkurs betrug 4,93 gegen 7,12 Proz. im Vorjahr, der durchschnittliche Lombardzins betrug 5,93 gegen 8,12 Proz. im Vorjahr.

Ein Ausdruck der Wirtschaftskrise ist auch der zum Jahreschluß 1930 auf 4,78 gegen 5,04 Milliarden gesunkene Notenumlauf. Rückgänge ergeben sich auch im bargeldlosen Abrechnungsvorkehr, dem zum Jahreschluß nur 753 gegen 788 Teilnehmer im Vorjahre angehört. Die abgerechneten Gesamtbeträge betrugen nur 119,3 gegen 126,2 Milliarden, die Stückzahl der Einlieferungen nur 43,9 gegen 46,2 Millionen, der Durchschnittsbetrag nur 2718 gegen 2729 M. Auch die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter ging zurück. Sie betrug Ende 1930 9783 gegen 8941 Ende 1929.

Eine Frage: Hat sich der neue Reichsbankpräsident schon um den Aktienstimmeln in der Personalpolitik gekümmert? Man spricht nicht mit Unrecht davon, daß die Personalpolitik teils von vorsintflutlichen, teils von reaktionären Auffassungen sehr beeinflusst ist.

Die Reichsbankbilanz

bietet deshalb kein besonderes Interesse, weil sie ja im wesentlichen das ganze Jahr hindurch wöchentlich veröffentlicht wird. Interessant ist die Aufgliederung im Auslands- und Inlandswechsel: Es werden zum Jahreschluß 200,7 Millionen Auslandswechsel und 2075,2 Millionen Inlandswechsel aufgeführt. Es ist ein alter Mißstand, daß diese Unterscheidung in den Wochenberichten nicht gemacht wird. Dr. Luther würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er endlich mit diesem Mißstand aufzuräumen würde.

Bemerkenswert ist noch das nominell von 300 auf 150 Millionen herabgesetzte Grundkapital; faktisch liegt aber eine Erhöhung von 122,8 auf 150 Millionen vor, denn die 177,2 Millionen waren noch nicht bezogene Aktien. Der gesetzliche Reservefonds ist von 53,9 auf 57,9 Millionen Mark erhöht, Vorkontingente (89,0 Millionen) und Verlustreserve (90,0 Mill.) sind unverändert, die Rücklage für Notendruck ist um 2,2 auf 32,8, die Rücklage für Neubauten um 4,7 auf 30,3 Millionen verringert und die Rücklage zur Erhöhung des Kapitals von 31 Millionen ist voll zum Ankauf von Aktien aufgeföhrt worden. Die Spezialreserve für Dividendenzahlungen erhöhte sich von 45,8 auf 46,2 Millionen, wozu aus dem vergangenen Jahr noch 11 500 M. kommen. Der Besitz von Golddiskontbankanteilen scheint nur mit 50 Proz. bewertet zu sein.

Die Gewinnrechnung zeigt ganz deutlich

die erhebliche Einschränkung der Reichsbankgeschäfte im vergangenen Jahr, verbunden mit niedrigeren Erträgen aus dem gesunkenen Zinsniveau. Wechsel- und Scheckzinsen brachten nur 103,2 gegen 148,0 Millionen, Lombardzinsen nur 4,7 gegen 7,3 Millionen, während die Gebühren mit 4,3 Millionen die gleiche Höhe erreichten wie im Vorjahr. Die Einnahmen aus laufenden Krediten gingen von 6,5 auf 5,0 Millionen zurück. Die Gewinne aus Wertpapieren sind nur deshalb mit 6,2 gegen 0,8 Millionen im Vorjahr ausgewiesen, weil der Hauptteil der Golddiskontbankdividende für 1930 schon jetzt in der Gewinnrechnung Aufnahme fand. Die gesamten Roh-einnahmen haben sich um rund 43 von 170,2 auf 127,0 Millionen verringert.

Die Verwaltungskosten, die bedauerlicherweise immer noch in nur einem Posten ausgewiesen werden, sind gegen das Vorjahr von 82,0 auf 87,0 Millionen gesunken. Als Reingewinn wird die Summe von 40,1 Millionen ausgewiesen gegen 25,6 Millionen im Vorjahre, was aber nur dadurch möglich ist, daß man aus den Gewinnen von 1930 überhaupt keine Sondererwerbungsbeiträge (im Vorjahr wurden nicht weniger als 53,7 Millionen dazu

verwandt). Aus dem Reingewinn von 40 Millionen kommen 4 Millionen an die gesetzlichen Reserven, das Reich erhält 18,0 gegen 5,3 Millionen im Vorjahre, also mehr als das Dreifache, jedoch noch nicht die Hälfte von dem, was im Reichshaushalt eingeseht war; der Reichsfinanzminister hatte mit 40 Millionen Mark gerechnet. Die Anteilseigner erhalten für das 150-Millionen-Kapital wie in früheren Jahren eine Dividende von 12 Proz.

Wirtschaft und Reparationen.

Aus den allgemeinen Ausführungen des Geschäftsberichts scheinen uns folgende Bemerkungen über Wirtschaft und Reparationen am wichtigsten. Die Reichsbank schreibt: „Daß Deutschland, obwohl durch die inneren und äußeren Kosten der Kriegs- und Nachkriegszeit aufs äußerste geschwächt, allein zur notdürftigen Sicherung der Existenz seiner Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung seiner produktiven Kräfte auf fortdauernde Kapitalzuflüsse vom Ausland angewiesen, trotzdem noch über hohe Reparationsleistungen zu tragen hat, gibt der inländischen De-

pression ihre besondere Schwere. Unter dem Zwange seines Kapitaldefizits muß Deutschland mit aller Macht an der Verbesserung seiner Handelsbilanz arbeiten, die Ausfuhr trotz aller Zollschwierigkeiten und ohne Rücksicht auf angemessenen Verdienst oder Verdienst überhaupt um jeden Preis steigern und zugleich die Einfuhr einschränken, was die mit der Wirtschaftskrise an sich schon verknüpften Störungen des Warenaustausches zwischen den Weltmärkten naturgemäß weiter zu verschärfen geeignet ist. Dabei fällt erschwerend ins Gewicht, daß die Reparationszahlungen seit Beendigung der Pariser Konferenz des Jahres 1929 infolge der eingetretenen Senkung des Weltpreinsniveaus ihrem realen Wert nach bisher schon um rund ein Fünftel gewachsen sind. Das Versiegen des Zuflusses von Auslandskapital, ohne das die Leistungen der Reparationszahlungen unmöglich gewesen wäre, hat zur Entschärfung der Verhältnisse, aber auch zur Erschwerung der Gegenwartsfrage wesentlich beigetragen.“ Die allgemeinen Ausführungen des Berichts sind aber nicht nur an das Ausland — diese sind begreiflicherweise nicht ganz ohne Tendenz —, sondern insofern auch an das Inland gerichtet, als in eindrucksvollster Weise im einzelnen die Verheerungen aufgezeigt werden, die im Zusammenhang mit den Wahlen vom 14. September auf dem Geldmarkt, dem Kapitalmarkt und in der Währungsbilanz angerichtet worden sind. Sie unterstreichen im einzelnen das, was der Reichsbankpräsident in seiner Generalversammlungssprache gesagt hat und was wir gestern schon mitteilen konnten.

Und dennoch Zollerhöhung?

Halbe Maßnahmen gegen die Brotteuerung?

Der Reichskanzler hat den Vertretern der Sozialdemokratie erklärt, daß auch die Regierung die Absicht habe, den Brotpreis nicht weiter steigen zu lassen und daß sie in den nächsten Tagen geeignete Maßnahmen treffen würde. Um eine Senkung der Weizenpreise zu erreichen, soll dafür gesorgt werden, daß die notwendige Einfuhr an Weizen zu Preisen erfolgen kann, die eine Verteuerung des Brotes nicht bewirken werden.

In welchem Umfang aber der Weizen Zoll gesenkt werden soll und wieviel Weizen bis zur neuen Ernte nach Deutschland hereingelassen werden soll, darüber äußerte sich der Reichskanzler nicht. Soll aber die Weizenzollsenkung irgendeinen Einfluß auf eine Ermäßigung der Weizen- und damit der Brotpreise haben, so muß der Weizen Zoll mindestens auf 16 Mark je Doppelzentner gesenkt werden, denn dann kann Weizen für 270 Mark je Tonne eingeführt werden, während bei dem jetzigen Zollfuß von 25 Mark der eingeführte Weizen 360 Mark kostet. Diese Preisermäßigung für den ausländischen Weizen kann sich in Westdeutschland, wo das Brot meist zu 30 Prozent aus Weizenmehl besteht, direkt in einer Brotpreisermäßigung auswirken. Ob aber für Mittel- und Ostdeutschland, wo das Brot fast ausschließlich aus Roggenmehl gebaden wird, diese Zollermäßigung für Weizen sich in einer Senkung der Brotpreise auswirken wird, ist zum mindesten zweifelhaft und wird nur eintreten, wenn die in den Händen der Mähten

Stützungstellen sich befindenden Roggenvorräte an die Mähten abgegeben werden.

Wir sind aber sehr skeptisch, ob diese Maßnahmen genügen werden, um bis zur neuen Ernte ein Steigen der Brotpreise zu verhindern.

Um eine stärkere Verwendung des Weizens zur Brotherstellung zu ermöglichen, sollen — was die Sozialdemokratie schon seit Monaten gefordert hat — alle Bestimmungen des Brotgesetzes aufgehoben werden, außer der Vorschrift, daß das Brot nur zu festen Gewichtssätzen in den Bäckereien verkauft werden darf. Diese Bestimmung ist bisher aber vom Reichsernährungsministerium noch nicht in Kraft gesetzt worden! Außerdem soll auch den Bäckern freigestellt werden, 10 Prozent Kartoffelmehl dem Roggenmehl beizumischen, so daß also künftig

die Bäckermeister das Roggenbrot verfälschen dürfen,

was bisher nach dem Nahrungsmittelgesetz verboten war. Herr Schiele, der stets ein besonders gutes Herz für die Kartoffelinteressenten hat, kann anscheinend nicht davon lassen, immer wieder eine Verschlechterung der Nahrungsmittel durch gesetzliche Maßnahmen herbeizuführen. Durch solche Maßnahmen soll also eine Senkung der Brotpreise erreicht werden.

Die Zollerhöhungen.

Auf der anderen Seite scheint jedoch das Kabinett den Forderungen des Reichsernährungsministers nach Erhöhung für einige andere landwirtschaftliche Produkte zustimmen zu wollen. So denkt man an eine Erhöhung des Haferzolls. Die natürliche Folge ist, daß die Haferpreise steigen werden und hierdurch die Landwirte veranlaßt werden, Hafer statt Roggen zu verkaufen. Dies hat die Wirkung, daß die Vorräte an Brotroggen noch stärker verknappt werden und die Roggenpreise steigen müssen. Eine Erhöhung des Haferzolls macht also alle Maßnahmen, die auf eine Ermäßigung der Roggenpreise hinwirken, zum großen Teil wieder hinfällig.

Auch der Forderung nach einer Erhöhung der Zölle für Linjen und Bohnen will das Reichskabinett nachgeben. Da die Preise für diese Hülsenfrüchte vom Weltmarktpreis abhängig sind, wirkt sich aber jede Erhöhung des Zolls preisverteuernd im Arbeiterhaushalt und namentlich im Haushalt der Arbeitslosen aus!

Ferner sollen noch die Zwischenzölle für Schmalz und Speck aufgehoben werden. Auch hieraus ergibt sich eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten, besonders für Schmalz, da der Anteil der Einfuhr am Gesamtverbrauch nicht unbedeutend ist.

Einer Erhöhung der Schweinezölle wird man in aller nächster Zeit noch nicht nahetreten. Ebenso denkt man zur Zeit

noch nicht an eine Erhöhung des Butterzolls, da man anscheinend die handelspolitischen Schwierigkeiten doch zu sehr fürchtet.

Dies sind die Pläne der Regierung. Wir haben nicht wie der Reichskanzler die Zuversicht, daß die vom Kabinett beabsichtigten Maßnahmen eine Ermäßigung der Brotpreise zur Folge haben werden. Erst wenn wir wissen, in welchem Umfang und zu welchem Preis Weizen nach Deutschland hereingelassen wird, kann man überhaupt erst ein klares Bild über die Versorgungslage mit Brotgetreide gewinnen und beurteilen, ob durch die Zollermäßigung eine Preisentlastung für das Brot eintritt.

Diese Maßnahmen können nicht genügen. Die Regierung muß sich zu wirklich durchgreifenden Maßnahmen und zu eifrigster Erfüllung des Gesetzes entschließen.

11 Proz. Schudert-Dividende. Elektro-Finanzierung bleibt profitreich.

Der Aufsichtsrat der Elektrizitäts A.-G. vormalig Schudert u. Co., Nürnberg, hat beschlossen, für das am 31. März 1931 abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 eine Dividende von 11 gegen 12 Proz. im Vorjahr auszuzahlen. Der gesamte Betriebsgewinn wird mit 7,61 gegen 8 Millionen ausgewiesen und nach Abzug fast unveränderter Kosten, Steuern und Abschreibung verbleibt ein nur unwesentlich verringerter Reingewinn von 6,39 gegen 6,79 Millionen Mark.

Der Nürnberger Schudert-Konzern stellt eine reine Verwaltungsgesellschaft, und zwar die größte ihrer Art, in der deutschen Elektrofinanzierung dar. Sie betreibt keine eigenen Werke, sondern unterhält nur Beteiligungen. Die wichtigste Beteiligung des Unternehmens besteht in dem fast 50prozentigen Besitz der Siemens-Schudert-Werke in Berlin. Außerdem unterhält der Konzern hochwertige Beteiligungen in Rheinland-Westfalen und Süddeutschland. Der von der Wirtschaftskrise gänzlich unbeeinträchtigt hohe Gewinn des Unternehmens fällt um so mehr ins Gewicht, als der Schudert-Konzern sein Geschäftsjahr erst am 31. März abgeschlossen hat, so daß bereits neun Monate der härtesten Krisenauswirkung in dem abgeschlossenen Jahr enthalten sind.

Großaufträge für Siemens.

Nachdem vor wenigen Tagen die Siemens u. Halle A.-G. den Bau eines großen Selbstanschlußamtes für Saarbrücken mit 10 000 Anschlüssen in Auftrag erhalten hat, ist jetzt der Startstromgruppe Siemens-Schudert gemeinsam mit einer italienischen Firma die Lieferung über 200 Kilometer Drähtabelle für 66 000 Volt Betriebsspannung zur Stromversorgung der argentinischen Stadt La Plata zugesprochen worden. Zugleich erhielt Siemens-Schudert einen größeren Auftrag aus der Schweiz für Höchstspannungsdraht.

Magdeburger Chemieabschluß.

Die chemische Gesellschaft Fabrikant List u. Co. in Magdeburg, bei der sich vor wenigen Tagen die folgenschwere Betriebsexplosion ereignete, veröffentlicht jetzt ihren Abschluß für 1930.

Im Berichtsjahr ist der Umsatz um etwa 20 Proz. zurückgegangen, jedoch mehr als die Umsatzdroffselung haben offensichtlich innere Sanierungsmaßnahmen dazu geführt, daß die seit Jahren mit hohen Gewinnen arbeitende Gesellschaft einen Verlust von 1,08 Millionen Mark ausweist. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Liquidation der in der Inflation betriebenen Konzernausdehnung. — Da im laufenden Jahr die Beschäftigungsverhältnisse sich noch nicht gebessert haben, werden verschiedene finanzielle Maßnahmen auch in absehbarer Zeit die Arbeit noch nicht wieder aufnehmen.

Die amerikanische Sperrung gegen russisches „Sträflings“holz. Das amerikanische Schakami hat die Einfuhr der kürzlich im Hafen Providence angekommenen Ladung russischen Bauholzes zugelassen, nachdem die Importeure und die „Amtorg“, die offizielle Sowjethandelsvertretung, nachgewiesen hatten, daß keinerlei Sträflingsarbeit in Frage komme.



Klare Antwort tut not!

Wie steht es mit einer zweiten Lohnabbauwelle?

Es heißt, die Reichsregierung will die Regelung der sozialpolitischen Fragen vertagen. Ob damit etwas gewonnen wird, ist eine andere Frage. Nicht vertagt werden kann jedoch die Frage, ob es zu einer zweiten Lohnabbauwelle kommen darf.

Wir erinnern nochmals daran, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sich in wiederholten Erklärungen dahin ausgesprochen hat, daß er sich einer zweiten Lohnabbauwelle energisch widersetzen würde.

Es ist zwar bisher die Frage der Beamtenverbände, ob die Gerichte zutreffen, wonach die Reichsregierung sich mit der Absicht trage, die Beamtengehälter nochmals abzubauen, noch nicht beantwortet worden. Es ist aber auch nicht bekannt geworden, daß die Reichsregierung in ihren Beratungen sich mit der Frage eines zweiten Abbaus der Beamtengehälter befaßt hätte. Aber davon abgesehen

laufen eine Reihe von Tarifverträgen ab,

die im Herbst des Vorjahres durch Zwangsschiedsprüche geschaffen wurden und in denen damals die Löhne der Arbeiter und Angestellten ganz erheblich abgebaut worden sind.

Und dies war der zweite Lohnabbau! Der erste Lohnabbau erfolgte bei den übertariflichen Akkordlöhnen und den sogenannten Leistungszulagen. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die unumkehrliche Forderung der Arbeiterschaft, statt Entlassungen vorzunehmen, die Arbeitszeit zu verkürzen, hat in einer sehr großen Zahl von Betrieben zur Kurzarbeit geführt. Diese Kurzarbeit hat wohl verhindert, daß sich die Zahl der Arbeitslosen um einige Hunderttausend und damit auch die Ausgaben der Reichsanstalt, des Reiches und der Gemeinden entsprechend erhöht haben.

Diese Ersparnisse gehen aber einzig zu Lasten der Arbeiterschaft.

Nur in Ausnahmefällen ist ein teilweiser Lohnausgleich gewährt worden. In der Regel bedeutet Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterschaft Verkürzung ihrer schon zweimal gekürzten Löhne.

Und nun will man diese Löhne nochmals kürzen? Das ist ganz unmöglich!

Man sehe sich nur einmal die Entwicklung der Kleinhandelspreise in den letzten Monaten an. Unsere Graphik bringt die Veränderungen der amtlichen Kleinhandelspreise für Lebensmittel des täglichen Bedarfs vom Februar und März dieses Jahres. Nun stehen den Preiserhöhungen gewiß auch Preiserminderungen gegenüber. Diese Preiserminderungen beziehen sich besonders auf die Fertigfabrikate. Man überlege aber einmal, wieviel dem Arbeiter, der Arbeiterin, dem Angestellten, dem Unterbeamten von den Arbeitslosen und Sozialrentnern gar nicht zu reden, für Anschaffung von Kleidung, Möbeln und anderen Fertigfabrikaten übrig bleibt nach Zahlung der Miete, Beiträge, Steuern usw., die sich nicht im geringsten vermindert haben, und nach Deduktion des dringendsten Nahrungsmittelbedarfs.

Selbst ein verhältnismäßig gut bezahlter Facharbeiter, der voll beschäftigt ist, hat eine

Lohnherabsetzung von mindestens 10 Prozent

über sich ergehen lassen müssen. Für andere Ausgaben als die unumgänglich notwendigen, d. h. außer für Ernährung, Miete, Steuern, Sozialbeiträge, Fahrtkosten zur Arbeitsstelle sind ihm vor diesem Lohnabbau höchstens 20 Prozent seiner Einnahmen geblieben. Nun

ist sein Einkommen um mindestens 10 Prozent gekürzt worden. Man rechne nun einmal nach, was ihm heute übrig bleibt zur Beschaffung von Kleidung, ganz zu schweigen von anderen „Luzusausgaben“.

Steigerung der Kleinhandelspreise für Lebensmittel des täglichen Bedarfs

Ware	Preis
Rotkohl	100
Wirsingkohl	126.4
Weisskohl	125.4
Spinat	116.4
Möhrrüben	108.4
Sauerkraut	105.4
Kartoffeln	103.4
Roggenmehl	102.4
Weizenmehl	101.4
Salz	100.4
Roggenbrot	100.4
Salzheringe	100.4
Zucker	100.4
Weizenkleingebäck	100.4
Butter	100.0
Milch	99.4
Fleisch	95.4

Februar 1931 = 100

Das aber ist der günstigste Fall. Viel schlechter steht es bei den Angelernten und Ungerlernten, bei den Frauen und Jugendlichen.

Wie die Arbeitslosen, die Sozialrentner sich heute durchs Leben schlagen, ist ein Problem, über das die Selbstmordstatistik ein tragisches Licht wirft.

Und nun will man die Löhne, die Leistungen aus der Sozialversicherung nochmals abbauen?

Alle Welt ist sich darüber einig — in der Praxis auch die Unternehmer —, daß die Arbeitslosigkeit unbedingt und auf dem schnellsten Wege eingedämmt werden muß und daß dieser Weg nur über die Verkürzung der Arbeitszeit führt. Wie will man die Arbeitszeit verkürzen und gleichzeitig die jetzt schon völlig unzureichenden Löhne nochmals abbauen?

Auf diese Fragen muß der Reichsarbeitsminister eine klare Antwort geben. Sie dulden kein Ausweichen und keine Vertagung.

Hat die Fuhrherren-Innung geklunkert? Erklärung des Reichsarbeitsministeriums.

Zu der Notiz „Zweite Lohnabbauwelle“ im „Vorwärts“ Nr. 196 vom 28. April 1931 schreibt uns das Reichsarbeitsministerium:

„Die Fuhrherren-Innung ist vom Reichsarbeitsministerium nicht zu einer allgemeinen Aussprache über den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages geladen worden. Das Erscheinen zweier Vertreter der Innung beim Reichsarbeitsministerium am 30. März 1931 ging auf eine Anfrage des Reichsarbeitsministeriums über die Organisationsverhältnisse der Innung zurück. Da die zu klärende Frage nur die Innung selbst betraf, kann von einer Ausschaltung des Gesamtverbandes, der übrigens Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht gestellt hatte, keine Rede sein.“

Die Innungsvertreter sprachen am 30. März 1931 aus eigenem Antrieb zunächst beim Sachbearbeiter der Schlichtungsabteilung vor und kamen hierauf in dessen Begleitung zu dem für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zuständigen, in der Zeitungsnotiz mit Namen genannten Oberregierungsrat Dr. Kalschrenner. Die weitere Aussprache bei Oberregierungsrat Dr. Kalschrenner fand in Gegenwart des Sachbearbeiters der Schlichtungsabteilung und eines protokollierenden Regierungsoberinspektors statt. Oberregierungsrat Dr. Kalschrenner hat hierbei zur Lohnfrage keine Stellung genommen und nur die Organisationsverhältnisse der Innung ermittelt. Eine Keuherung, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung könne nicht ausgesprochen werden, weil die Löhne zu hoch seien, ist in keiner der beiden Besprechungen, weder mündlich, noch dem Sinne nach, gefallen. Die Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung hat, wie aus der Entscheidung selbst ersichtlich ist, ihren Grund in dem Mangel der gesetzlichen Voraussetzung, d. h. der überwiegenden Bedeutung des Tarifvertrages.“

Aus dieser Erklärung muß man schließen, daß sowohl der Obermeister wie der Syndikus der Berliner Fuhrherren-Innung geklunkert haben, als sie sich bei den Lohnverhandlungen auf eine angebliche Keuherung des Oberregierungsrats Dr. Kalschrenner beriefen. Die vorstehende Erklärung ist so bestimmt gehalten, daß sie eine andere Deutung nicht zuläßt.

Etwas anderes ist es mit der Besprechung über den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Hier kommt nicht nur in Frage, wieviel Mitglieder die Fuhrherren-Innung hat, sondern auch der andere Vertragspartner. Auf jeden Fall ist eine Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrages nicht eine interne Angelegenheit der Unternehmerorganisation.

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes beschäftigte sich am Dienstag mit dem Knappschaffsproblem. Das Vorstandsmitglied Borgschulze wies darauf hin, daß die Reichsknappschaff alle von der Regierung als Voraussetzung für eine Reichshilfe geforderten Sparmaßnahmen erfüllt habe. Trotzdem habe die Regierung ihr festes und mehrmaliges Versprechen bis heute nicht gehalten. Für das letzte Jahr sei ein Fehlbetrag von 30 Millionen, für das laufende ein solcher von 100 Millionen Mark zu erwarten. Das mache beinahe die Beitragseinnahmen aus. Heute hätten bereits 19 aktive Bergarbeiter für zehn Invalide zu sorgen, ein Beweis für die unbedingte Notwendigkeit der Reichshilfe. In Verbesserungsvorschlägen des Verbandes habe es nicht gefehlt. Die

ganze Verantwortung für das ungelöste Knappschaffsproblem liege also bei der Regierung.

Aus dem Kassenbericht des Hauptkassierers Bitiner ist hervorzuheben, daß der Bergarbeiterverband im letzten Jahre 3,1 Millionen Mark für Erwerbslosen- und Krankenunterstützung verausgabt hat. Für Streit- und Gemeindeförderungen wurden rund 470 000 M., für Bildungszwecke 163 000 M. ausgegeben. Bedenke man, daß es in dieser Zeit vielen Bergarbeitern wirtschaftlich schwerer fiel, die Gewerkschaftsbeiträge aufzubringen, so seien diese Unterstützungszahlen ein außerordentlicher Beweis gesellschaftlicher Solidarität und gegenseitiger Hilfsbereitschaft.

Laßt die Arbeitslosen verhungern!

Das Rezept der Innungsfratzen!

Die gemeinsamen Ausschüsse für Gewererecht und Gewerpolitik sowie für Sozialpolitik beim Deutschen Handwerks- und Gewerkeverband und beim Reichsverband des deutschen Handwerks haben sich zu den Vorschlägen der Gutachterkommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geäußert. Wie nicht anders zu erwarten war, sind selbst diese bescheidenen Vorschläge von den Innungsfratzen abgelehnt worden. Dagegen schlagen sie vor: „eine Herabsetzung der Unterstützungssätze in den höheren Lohnklassen, eine Kürzung der Unterstützungsdauer, eine verstärkte Einführung der Bedürftigkeitsprüfung, strengste Sparmaßnahmen in der Verwaltung und eine Herabsetzung der Beiträge auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß.“

Auf gut Deutsch: Will man weniger Arbeitslose, dann laßt man sie verhungern!

Neue Löhne der Glaser.

Bindender Schiedspruch des Schlichters.

Nach Scheitern der freien Verhandlungen im Berliner Glaser-Gewerbe riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß an, der am 11. April einen Schiedspruch fällte, wonach der Stundenlohn des Gehilfen 1,50 M. beträgt. Junggefellern im ersten Jahr nach der Lehre erhalten 15 Proz. weniger, im zweiten Jahr nach der Lehre 10 Proz. weniger. Hinsichtlich der Löhne der Hilfsarbeiter, die ständig in Bauglaserereien beschäftigt werden, verblieb es bei der bisherigen prozentualen Staffelung. Das Abkommen gilt bis zum 31. März 1932.

Dieser Schiedspruch wurde von der Fachgruppenversammlung der Glaser abgelehnt, worauf die Unternehmer die Verbindlichkeitsklärung beantragten. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter wurde eine Schlichterkammer gebildet, die nachstehenden einstimmigen und damit bindenden Schiedspruch fällte:

„Es gilt der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 11. April mit der Maßgabe, daß der Stundenlohn ab dem 24. April 1931 beginnenden Lohnwoche 1,52 Mark beträgt. Im Manteltarifvertrag wird der Punkt 5 Zbl. 4 wie folgt gefaßt: „Bei Arbeiten außerhalb Groß-Berlins beginnt und endet die Arbeitszeit bei der der Arbeitsstelle (Baustelle) am nächsten innerhalb des Stadtgebietes Berlin gelegenen Haltestelle eines Berliner Verkehrsunternehmens. Die schnellste Verkehrsgelegenheit ist ohne Rücksicht auf den Fahrpreis zu benutzen.“

Die übrigen Bestimmungen des Manteltarifvertrages bleiben der Verständigung der Parteien überlassen.“

Zum Streik der Rohrleger und Klempner

Unerwünschte Gäste.

Zu unserer Notiz über die „Mobilisierung“ der Arbeitslosen durch die KPD zur „Führung“ des Streiks der Rohrleger und Klempner teilt uns der Inhaber des Lokals in der Brüderstraße mit, daß ohne sein Wissen sein Lokal ausgewählt worden sei. Als die Abgelandten der KPD angeträt kamen und bei ihm ihren Laden aufmachen wollten, habe er ihnen die Türe gewiesen. Seit 27 Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei könne er sein Lokal nicht zu einem derartigen Zweck hergeben.



Wie konnten Sie mich nur mit meiner Schwester verwechseln,

die doch 7 Jahre jünger ist als ich? Seitdem wir uns zuletzt sahen, sind Sie eigentlich noch jünger geworden, gnädige Frau! Und da Sie, wie ich sehe, dem Kaffee Hag treu geblieben sind, werde ich Sie in zehn Jahren vielleicht mit Ihrer Tochter verwechseln. Sie sind also auch ein Hag-Freund? Ja freilich, denn 1. halte ich es in der heutigen Zeit, wo die Nerven so vieler Menschen aufs äußerste angespannt werden, einfach für ein Gebot der Lebensklugheit, koffeinfreien Kaffee Hag zu trinken, 2. gibt es keinen Kaffee, der mir besser schmeckt als Kaffee Hag.

Achtung! Achtung! Mitglieder des Gesamtverbandes!

Geänderte Treff- und Abmarschzeiten für unsere Maikundgebung:

Einheitlicher Sammelpunkt: Michaelkirchplatz

Treffen: 7.30 Uhr
Abmarsch: 8.30 Uhr

Die Aenderung der Abmarschzeit war notwendig, um die rechtzeitige Ankunft aller Demonstrationzüge im Lustgarten zu sichern. — Wir bitten, unseren Hinweis zu berücksichtigen, damit die Aufstellung der Sektionen ordnungsgemäß erfolgen kann.

Die Bezirks- und Ortsverwaltung
Ortmann Schaum



Knorr Bratensoße

Für Leber, Schnitzel, Nieren, Klops und Bratwurst, d. h. immer dann, wenn die Soße nicht ausreicht!

Ein Würfel ergibt ¼ Liter wohlgeschmeckende Soße!

Achtung, Parteigenossen! 1. Mai Fahnen heraus!

Goll die Bewag verkauft werden?

Protestkundgebung der Belegschaft.

In einer gewaltigen Kundgebung in der „Neuen Welt“ protestierten gestern über 5000 Arbeiter und Angestellte der Bewag gegen die geplante Entkommunalisierung der Berliner Elektrizitätswerke. Genosse Dröpp vom Hauptvorstand des Gesamtverbandes erläuterte im einzelnen die im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Pläne, über die Berliner Gas- und Elektrizitätswerke hinweg Geld für die Stadt zu beschaffen.

Das jetzt vorliegende Angebot ist völlig untragbar. Der gebotene Kaufpreis entspricht nicht dem wirklichen Wert der Bewag, der von hervorragenden Gutachtern auf 640 Millionen Mark veranschlagt wird. Hinzu kommen

die großen Zukunftsmöglichkeiten der Berliner Elektrizitätswerke, die ohne die geringsten Erweiterungen in der Lage sind, die doppelte Strommenge als bisher zu liefern. Vor allem ist das jetzt vorliegende Angebot deshalb unannehmbar, weil das Bankenfiskalium die Forderungen der Stadt, insbesondere nach einem höheren Kaufpreis, einem verstärkten Stimmrecht, einer Verbesserung der Konzessionsabgabe und einer Sicherung der Tarifhoheit rundweg abgelehnt hat. Es muß Aufgabe von Reich und Staat sein, Berlin in der Zwangslage, in der es sich befindet, zu helfen.

Der Verkauf der Werke würde aber nicht nur einen Schaden für die Berliner Bevölkerung bedeuten, sondern auch aller Voraussicht nach die Beseitigung der jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen von 7500 Arbeitern und Angestellten zur Folge haben. Es kann nicht angehen, daß

die Finanzschwierigkeiten der Stadt auf dem Rücken der Konsumenten und der Arbeiter und Angestellten der Bewag ausgeglichen werden.

Ist der Verkauf wirklich nicht mehr zu verhindern, dann muß durch entsprechende Klauseln im Übernahmevertrag für die Sicherung der jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gesorgt werden.

Genosse Dröpp erinnerte zum Schluß an das Versprechen des Oberbürgermeisters Sahm anlässlich seiner Antrittsrede am 22. April, stets bestrebt zu sein, die großen und wertvollen Betriebe der Stadt Berlin in städtischen Händen zu halten. Sein Referat klang aus in dem Appell an den Oberbürgermeister: „Handeln Sie bei den kommenden Verhandlungen nach diesen Worten. Nicht nur die Arbeiter und Angestellten der Bewag, sondern die gesamte wertvolle Bevölkerung Berlins sieht geschlossen hinter Ihnen für die Erhaltung der kommunalen Wirtschaft!“

Nach einer kurzen Aussprache, in der insbesondere Genosse Zeig im Auftrag der A.M.-Gewerkschaften das gesamte Personal

der Bewag zur Geschlossenheit aufforderte, nahm die Versammlung einstimmig eine Entschliessung an, in der gegen die Absicht der Entkommunalisierung der Bewag energisch protestiert und die Forderung erhoben wird, die kommunale Wirtschaft nicht abzubauen, sondern weiter zu erhalten und auszubauen.

Lohndruck durch Aufsichtsbehörde.

Der Oberpräsident gegen Berlin.

Obwohl die städtischen Körperschaften und die Gewerkschaften sich einmütig gegen die Absicht der kommunalen Aufsichtsbehörde, die über dreieinhalb Jahre in Kraft befindliche Besoldungsordnung für die Beamten der Stadt Berlin einer Revision zu unterziehen, ausgesprochen haben, ist gestern die Beanstandung der Besoldungsordnung durch den Oberpräsidenten erfolgt. Ganz besonders stark sollen die Beamten der unteren und mittleren Gruppe in ihren Gehältern gekürzt werden.

Die Vertreter der freien Beamten- und Angestelltengewerkschaften (Gesamtverband, Busab, Werkmeisterverband, Z.M. und Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten) treten heute vorzeitig zusammen, um zu der durch die Beanstandung für 50 000 Beamte und Angestellte entstandenen Lage Stellung zu nehmen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Donnerstag, 19^h Uhr, Jugend der Gruppen: Abend: Jugendheim Reinower Str. 3, Kaiserl. Literarischer Abend. — Schachklub: 18. Reimelbeim. — Gesundheitsklub: Jugendheim Reichenberger Str. 2. Die Bedeutung des 1. Mai. — Arbeiter: Jugendheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Gewerkschaften und Staat. — Tempelhof: Jugendheim, Karum Germaniastr. 4-6. Warum Oberprüfungs- und Mündigkeit? — West: Jugendheim Reicher Str. 18-19. Der Kampf der Gewerkschaften gegen den Reichstasch. — Neu-Westend: Jugendheim Guntelstr. 44. Die Parteien erhalten den Abend aus. — Südwest: Jugendheim Hauflstraße, an der Kriemhildstr. Gewerkschaften und Nationalsozialismus. — Neubauer Weg: Jugendheim Döberitzstr. 3. Gesundheitsklub der Stadt Berlin. — Ost: Jugendheim der 17. Volkshaus, Gartenfeld, Alchloch. Das Möbel in der Jugendbewegung.

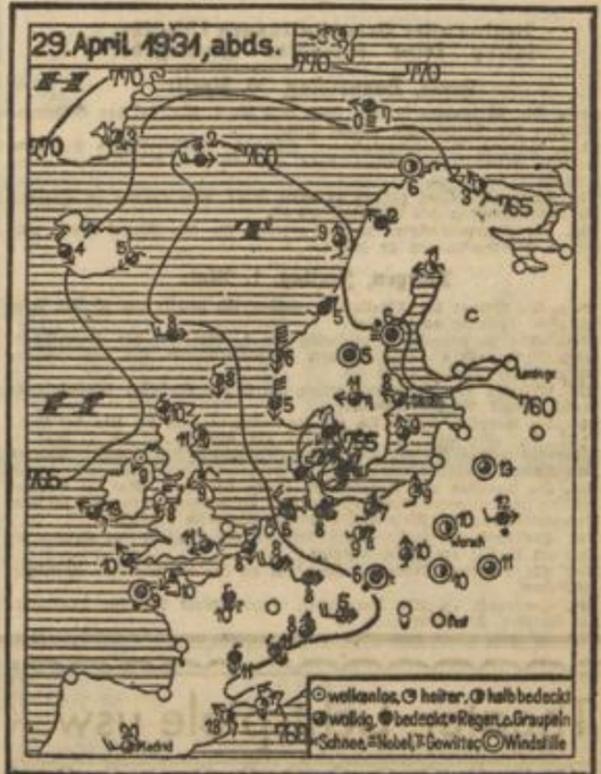
Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Centralverband Angestellten:** Jugendheim Guntelstr. 14 (großes Zimmer). Vortrag: „Die freie Gewerkschaftsbewegung“. Referent: Demald. — **Ost:** Jugendheim der Schule Kaiser Str. 18. Referent: Warum bin ich im A.M.? — **Tempelhof:** Jugendheim der Schule Wilhelmsstr. 13 (Jugend von der Oberstraße in Tempelhof). Vortrag: Warum wir wachern. Referent: Rühl. — Die Berliner Lebensarbeit hält ihren Arbeitsabend von 20 bis 22 Uhr im Verbandshaus ab. — Deuts. 20 Uhr, findet die Funktionärsversammlung im großen Saal unseres Verbandshauses statt. Die Funktionäre werden gebeten, die ihnen ausstehenden Beiträge für die Teilnahme am Reichsjugendtag in Paderborn und an den Ferienfahrten schon zur Versammlung mitzubringen.

Achtung, Bauarbeiter des Bauergewerksbundes!

Die Bezirke Kottbus 1 und II, Köpenick, Weihensee, treffen sich am 1. Mai um 8^h Uhr pünktlich am Sanktberger Platz und nicht, wie vorgeschrieben, am Köpenicker Platz.

Allgemeine Wetterlage.



Im größten Teil Deutschlands herrschte am Mittwoch kühles veränderliches Wetter mit verbreiteten Niederschlägen, die besonders im Alpenvorland (z. B. München 13 Zentimeter) recht hohe Regermengen ergaben. Nur im Osten war es etwas freundlicher. Unter Bezirk verblieb auch am Donnerstag in dem kühlen Luftstrom, der auf der Rückseite des sich weiter verlaufenden europäischen Tiefs fließt. Es wird daher weiterhin für die Jahreszeit kühl sein und es ist noch mit einzelnen Regenfällen zu rechnen.

Wetterausichten für Berlin: Wechselnd wolkig, verhältnismäßig kühl, noch vereinzelt Regenfälle. — Für Deutschland: Noch überall veränderlich und für die Jahreszeit kühl, noch einzelne Regenfälle, im ganzen jedoch etwas freundlicher als am Mittwoch.

Am 28. April verstarb nach schwerer Krankheit im 58. Lebensjahr unser hochverehrter langjähriger Verwaltungsdirektor, Herr

Otto Wonitzki

Mit Otto Wonitzki verlieren wir einen unersetzlichen Ratgeber und Freund, dessen Lebensarbeit im Dienste der Krankenversicherung einen hervorragenden Abschnitt in der Geschichte unserer Krankenkasse bilden wird. Im Jahre 1901 in den Vorstand der Ortskrankenkasse gewählt, war er lange Jahre als Schriftführer, dann als Vorsitzender und seit 1918 als Geschäftsführer tätig. In dieser 30-jährigen Tätigkeit hat der Verstorbene mit seinem warmen Interesse für die Kranken Versicherten, seiner unermüdeten Arbeitslust und seinem unübertroffenen Pflichtgefühl die Leistungen der Kasse für die Versicherten ausgebaut und auf den heutigen hohen Stand gebracht. Die Errichtung der Heilanstalten, Genesungshelme und sonstigen Eigenbetriebe der Kasse ist zum wesentlichen Teil sein Werk. Schmerzerfüllt stehen wir an der Bahre unseres allseitig hochgeschätzten Geschäftsführers, Kollegen und Freundes. Sein Andenken wird uns unvergesslich sein.

Vorstand, Ausschuss und Personal der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 2. Mai 1931, vorm. 11^h Uhr, auf dem Städtischen Friedhofe (Krematorium), Baumschulenweg, Kiehlholzstraße, statt.

44. Abteilung SPD.
Unser langjähriges Mitglied

Otto Wonitzki

ist im Alter von 57 Jahren am 28. April gestorben.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonnabend, dem 2. Mai, vorm. 11^h Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Größtmögliche Beteiligung erachtet Die Abteilungsleitung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter

Christian Hartung

am 19. April an Nierenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung der Urne findet am Donnerstag, dem 24. April, nachm. 5 Uhr, im Waldfriedhof Oberbaumstraße statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Am 26. April nach unser Kollege, der Metallarbeiter

Rudolf Mönnich

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Danksagung

Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters

Ernst Callies

sagen auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank

Ellen Callies und Kinder
Berlin und Mexiko

Am 28. April verschied nach schwerem Krankenlager der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin, Herr Verwaltungsdirektor

Otto Wonitzki

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen hervorragenden Förderer und Freund, dessen Ideenreichtum und Menschenkenntnis uns stets mit Bewunderung erfüllt haben. In unserer Tätigkeit hat er uns allseitig mit größtem Verständnis unterstützt und die Zusammenarbeit zwischen Kassanorganen und Ärzten in vorbildlicher Weise zum Wohle der Versicherten ersprießlich gestaltet. Wir werden ihm ein diebeständiges Andenken bewahren.

Die angestellten Ärzte der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin

S.-R. Dr. Birnbaum, Dr. Falkenburger, Dr. Goldschmidt, Dr. Lehr, Dr. Lesser, Dr. Nelken, Dr. Sauermilch

Am Montag, dem 27. April verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann und guter Vater, der Geschäftsz

Hermann Wüstenhagen

im 62. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Berta Wüstenhagen als Frau
Else Wüstenhagen als Tochter

Esplan., Größtstraße 48

Die Einäschung findet am Donnerstag, dem 30. April, mittags 12^h Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt.

Deutscher Textilarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Fritz Rogosch

am 25. April verstorben ist

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 1. Mai, nachmittags 5^h Uhr, auf dem Waldfriedhof, Reinickendorf, Berliner Straße, statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Teilzahlung

in 6

Monatstraten
Elegante Herren- und Damen-Bekleidung
fertig und nach Maß
Maßanzüge v. M. 95,- an

Julius Fabian

Maßschneiderei
Alexanderstraße 19, Laden
Schönberg, Hauptstraße 150

Fromms Act

Kaufen Sie unsere bekannten Spezialmarken **Fromms Act** (gegen Infektion) nur in den nachstehenden, für uns einschlägigen Geschäften, also

in Apotheken, Drogerien, Gummiwarenhandlungen, Bandagengeschäften, Parfümerien u. Friseur-Salons.

Dort haben Sie die Gewähr, frische Ware zu erhalten, die sachgemäß gelagert und pfleglich behandelt wird.

Für Aufklärung!

In Apotheken, Drogerien, Gummiwarenhandlungen, Bandagengeschäften, Parfümerien u. Friseur-Salons erhalten Sie unsere Spezialmarken **Fromms Act** (gegen Infektion) in unseren Originalpackungen mit unseren Kontrollnummern. Diese Kontrollnummern geben uns die Möglichkeit, zu prüfen, ob stets frische Ware zum Verkauf gelangt. Die Inhaber der für uns einschlägigen Firmen sind sich ihrer

Verantwortung gegenüber dem Publikum bewusst und sind auch über die Bedeutung unserer Kontrollnummern hinreichend informiert.

Sollten Ihnen gelegentlich einmal unsere Spezialmarken **Fromms Act** in Packungen angeboten werden, auf denen unsere Kontrollnummern abgekratzt oder ausgeradiert sind, dann weisen Sie diese Packungen zurück! Sie tun es in Ihrem eigenen Interesse.

Fromms Act GUMMIWERKE

Werk I Berlin-Köpenick Werk II Berlin-Friedrichshagen

Auf Grund der Notverordnung haben wir die Verbraucherpreise für unsere Spezialmarke **Fromms Act** wie folgt ermäßigt:

1/4 Dutzend - 90 RM, 1/2 Dutzend 1.75 RM, 1 Dutzend 3.50 RM.

Verlangen Sie immer ausdrücklich die echten Spezialmarken **Fromms Act** damit Sie nicht enttäuscht werden.

Besonders wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und **billig!**

